



Verfassungsschutz-
informationen Bayern
1. Halbjahr

2022

Die Würde des Menschen
ist unantastbar. Sie zu
achten und zu schützen
ist Verpflichtung aller
staatlichen Gewalt.

Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz

Verfassungsschutz- informationen Bayern 1. Halbjahr 2022

Inhalt

Verfassungsschutzrelevanz des Russland-Ukraine-Krieges 8

Überblick über die Reaktionen bayerischer Extremisten	8
Reaktionen der rechtsextremistischen Szene	12
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	13
Karl Richter	15
Identitäre Bewegung	15
Compact-Magazin	16
Der Dritte Weg (III. Weg)	17
Neue Stärke Partei (NSP)	20
Ausreisen in das Kriegsgebiet	21
Reaktionen aus der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter	21
Reaktionen aus dem Bereich der Verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit	23
Reaktionen der linksextremistischen Szene	24
Szeneinterne Kontroversen zur russischen Invasion	25
Kritik an den westlichen Reaktionen auf den Russland-Ukraine-Krieg	26
Reaktionen der islamistischen (Online-)Szenen	29
Reaktionen aus dem auslandsbezogenen Extremismus	31
Ausblick	32

Rechtsextremismus 36

Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus	36
Strategische Neuausrichtung der NPD scheitert auf 38. Bundesparteitag	36
„Neue Stärke Partei“ (NSP) startet Aktivitäten in Bayern	40
„Kollektiv Zukunft Schaffen – Heimat Schützen“ (KZSHS) betreibt szeneeinterne Vernetzung	43
„Identitäre Bewegung“ (IB) verfolgt neue Tarnstrategie	45

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

48

Post-Corona-Agitation im Phänomenbereich

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

48

Zunehmende Gewaltbereitschaft der Szene

49

Schnittmenge mit der nicht unter Beobachtung stehenden
„Prepper“-Szene

52

Reichsbürger und Selbstverwalter

54

„Alternative Schulprojekte“ in der Reichsbürgerszene

54

Gründung „alternativer Schulen“ in der Reichsbürgerszene

54

Reichsbürger betreiben „alternative Schule“ in Erlangen-Eltersdorf

56

Reichsbürgertreffen in einer Schule in Coburg

57

Linksextremismus

60

Extremistische Aktivitäten im Kontext des G7-Gipfels

60

Geringe Mobilisierung innerhalb der linksextremistischen Szene

60

Aktivitäten im Vorfeld des Gipfels

61

Überwiegend friedlicher Protestverlauf während des Gipfels

63

Beteiligung von Gruppierungen aus dem auslandsbezogenen

Extremismus

65

Fazit der Sicherheitsbehörden

67

Fazit der Gipfel-Gegner

68

Islamismus

70

Neue Entwicklungen und Trends bei der salafistischen und jihadistischen Internetnutzung

70

„TikTok-isierung“ islamistischer Propaganda

71

Salafistischer „TikTok-Influencer“

72

Meme-Kultur im jihadistisch-salafistischen Bereich

75

Renaissance des Online-Magazins als Propagandamedium

78

Fazit

83

Scientology-Organisation (SO)

84

Neue Verbreitungskampagnen der Scientology-Tarnorganisation

„Der Weg zum Glücklichein“

84

Tarnorganisation verteilt speziell auf Kinder zugeschnittene Broschüre

84

Vermehrte Versuche der Kontaktabbahnung zu Justizvollzugsanstalten

88

Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz, Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ)

90

Spionage und Cyberoperationen im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine

90

Erhöhtes Risiko für Wirtschaftsspionage

90

Hinweise auf Umgehung der Russland-

Sanktionen (Proliferation)

91

Beratungs- und Sensibilisierungsleistungen des CAZ

93

Prorussische Desinformationskampagnen

96

Anhang

98

Bildnachweis

98

Impressum

103

Verfassungsschutzrelevanz des Russland-Ukraine-Krieges

ÜBERBLICK ÜBER DIE REAKTIONEN BAYERISCHER EXTREMISTEN

Am 24. Februar begannen die russischen Streitkräfte einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die russische Invasion und die damit einhergehenden Folgen für die ukrainische Zivilbevölkerung, aber auch für die Energiesicherheit und die allgemeine Sicherheit in Deutschland und Europa werden hierzulande in Politik, Medien und der breiten Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Auch aus den Reihen der extremistischen Szenen in Bayern konnten bereits in den ersten Kriegstagen zahlreiche Reaktionen festgestellt werden. Ziel der jeweiligen Agitation ist stets, über das Thema Russland-Ukraine-Krieg auch Personen zu erreichen, die ansonsten nicht für die jeweilige extremistische Weltanschauung zugänglich sind.

Extremistische Organisationen und Akteure beurteilen dabei den Krieg in der Ukraine und die daraus resultierenden globalen Entwicklungen auf Grundlage ihrer jeweiligen ideologischen Ausrichtung und Zielsetzung. Je nach Phänomenbereich bilden sich dabei unterschiedliche thematische Schwerpunkte und Argumentationsmuster heraus. Zudem kommt es auch innerhalb der jeweiligen Phänomenbereiche mitunter zu gegensätzlichen Positionen.

In weiten Teilen der rechtsextremistischen Szene genießt Wladimir Putin als Gegenspieler des liberalen, demokratischen und freiheitlichen Westens unter Führung der USA bereits seit langem großes Ansehen. Hierzu zählen beispielsweise weite Teile der NPD-Anhängerschaft und die Mehrheit der sogenannten „Neuen Rechten“. Am entsprechend positiven Russlandbild dieser Akteure hat auch der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine nichts geändert. Dies belegen etwa vom IB-Kader Martin Sellner veröffentlichte Umfrageergebnisse sowie die in weiten Teilen der Szene verbreiteten Schuldzuweisungen für die derzeitige Eskalation an die USA, die NATO und „den Westen“ im Allgemeinen.

Demgegenüber positionierte sich ein kleinerer Teil der rechtsextremistischen Szene bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn eindeutig auf Seiten der Ukraine. Dies trifft vor allem auf die selbsternannten „nationalrevolutionären“ neonazistischen Kleinstparteien „Der Dritte Weg“ („III. Weg“) und „Neue Stärke Partei“ (NSP) sowie Einzelpersonen wie etwa den ehemals in Bayern wohnhaften rechtsextremistischen Aktivisten Baldur Landogart zu. Grund für die antirussische Haltung dürften, zumindest beim „III. Weg“, die Kontakte zur ukrainischen „Azov-Bewegung“ und der zugehörigen rechtsextremistischen Partei „Nationales Korps“ sein. Die „Azov-Bewegung“ übt angesichts ihrer Größe und auch aufgrund ihres zum Teil paramilitärischen Charakters auf die deutsche neonazistische und völkische Szene eine starke Anziehungskraft aus. Für diese Akteure repräsentiert die „Azov-Bewegung“ das Ideal eines militärisch geschulten, seine Heimat und Identität verteidigenden nationalistischen Aktivismus.

In der rechtsextremistischen Szene sind auch Versuche festzustellen, die einigenden Aspekte in der Argumentation der jeweiligen Lager hervorzuheben. Dabei stellen etwa die Ablehnung „des Westens“ beziehungsweise seines liberalen und kapitalistischen Systems oder des angeblichen Imperialismus der USA als eigentliche Ursachen des Krieges potenzielle Anknüpfungspunkte dar. Jedoch kann das Bemühen, die Einheit der rechtsextremistischen Szene zu beschwören, nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese in ihrer Haltung zum Russland-Ukraine-Krieg tief gespalten ist.

Auch in der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter sind überwiegend starke Sympathien für Russland und Putin feststellbar. Szeneakteure arbeiten gezielt daran, das Kriegsgeschehen mit den eigenen beziehungsweise bereits bestehenden Narrativen zu verbinden. So versucht insbesondere der als Reichsbürger und antisemitischer Verschwörungstheoretiker bekannte Wjatscheslaw Seewald im Rahmen von Veranstaltungen zum Russland-Ukraine-Krieg seine von ihm entwickelte extremistische und pro-russische Verschwörungstheorie „Gerrussia“ zu verbreiten.

Michael Stürzenberger, Protagonist der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit in Bayern, positioniert sich hingegen deutlich russlandkritisch. Vor dem Hintergrund des Abwehrkampfes des ukrainischen Volkes gegen die russischen Invasoren warnt er vor einem aus seiner Sicht drohenden zukünftigen Freiheitskampfes der Deutschen im eigenen Land – in diesem Fall gegen eine angebliche muslimische „Übermacht“.

Innerhalb der linksextremistischen Szene dominiert die Kritik an der russischen Invasion, die als Bruch des Völkerrechtes verstanden wird. Große Teile der Szene fordern einen sofortigen Waffenstillstand. Gleichsam lehnen sie jedoch die militärische Unterstützung der Ukraine sowie das Sondervermögen für die Bundeswehr ab und verlangen die Auflösung der NATO. Insbesondere linksextremistische Parteien versuchen sich dabei zunehmend antimilitaristisch zu präsentieren.

Die autonome linksextremistische Szene diskutiert die Situation zwar kritisch, sieht sie aber vorrangig als Chance, um mit gesellschaftlich anschlussfähigen Positionen neue Mitglieder und Sympathien zu gewinnen sowie zivilgesellschaftliche Diskussionen im Sinne der eigenen, linksextremistischen Ideologie zu beeinflussen. Dementsprechend wird der Russland-Ukraine-Krieg in linksextremistische Erklärungsmuster eingepflegt und als eine Auseinandersetzung zweier imperialistischer und neokolonialistischer Blöcke bewertet.

Ideologisch steht die linksextremistische Szene dabei jedoch vor einem Dilemma: Ruft sie zu Protesten gegen den russischen Angriff auf, stellt sie sich damit auch an die Seite der verhassten NATO und der demokratischen Staaten, gegen die sie u.a. im Kontext der 58. Münchner Sicherheitskonferenz noch kurz vor Kriegsbeginn demonstriert hatte.

Bislang verliefen die Proteste der linksextremistischen Szene gegen den Russland-Ukraine-Krieg ohne größere Störungen und Straftaten, jedoch sind linksextremistische Aktionen und Ausschreitungen künftig nicht auszuschließen. Insbesondere die Einrichtung der Webseite ruestungsindustrie.noblogs.org, die zur Sammlung von Daten zu deutschen Rüstungsunternehmen aufruft, lässt auch eine quantitative und qualitative Zunahme der Proteste gegen Rüstungsunternehmen und ihre Zulieferfirmen erwarten. Im Juni wurden einem Bekenner-scheiben auf „de.indymedia.org“ zufolge in München bereits linksextremistisch motivierte Anschläge auf Unternehmen der Rüstungsbranche verübt. Hier ist mit weiteren Aktionen zu rechnen, die sich aber nach gegenwärtigem Stand auf Sachbeschädigungen konzentrieren dürften. Ebenso sind Aktionen gegen Einrichtungen der Bundeswehr und der in Bayern stationierten NATO-Streitkräfte vorstellbar.

Den unterschiedlichen Reaktionen der deutschsprachigen und zum Teil in Bayern zu verortenden islamistischen, salafistischen und jihadistischen Szene ist keine klare Parteinahme für eine der beteiligten Konfliktseiten zu entnehmen. Antiukrainische Äußerungen, u.a. auf Basis antisemitischer Positionierungen gegenüber dem ukrainischen Präsidenten, sind dabei genauso feststellbar wie antirussische Stimmen, die sich beispielsweise auf das als islamfeindlich kritisierte Vorgehen Russlands, auch im syrischen Bürgerkrieg, beziehen. Auch wenn eine eindeutige Parteinahme der islamistischen, salafistischen und jihadistischen Szene ausbleibt, begrüßt die Mehrzahl der Szeneangehörigen aber den grundsätzlichen Umstand, dass sich im vorliegenden Konflikt „ungläubige“ Kriegsparteien gegenüberstehen und gegenseitig bekämpfen. An die daraus resultierende beziehungsweise erhoffte Schwächung „des Westens“ sind gleichsam islamistische Expansionsfantasien geknüpft. Im Zentrum steht dabei der Wunsch der Szene nach einer territorialen Ausweitung des islamistischen Einflussgebietes in Europa.

Öffentliche Aufrufe zur Ausreise in die Ukraine und zur Teilnahme an Kampfhandlungen sind nur vereinzelt festzustellen. Konkrete Handlungsaufforderungen beschränken sich dabei auf einzelne User sowie internationale IS- und al-Qaida-nahe Stellen, die Jihadisten dazu auffordern, die Situation in der Ukraine gezielt für die Vorbereitung terroristischer Anschläge zu nutzen oder durch die Begehung von Einzeltäterangriffen in West- und Osteuropa den „Kreuzzüglerstaaten“ Schaden zuzufügen. Ergänzend rufen islamistische Organisationen und Akteure auch dazu auf, Vorurteile gegenüber ukrainischen Geflüchteten zu verbreiten, um das soziale Miteinander zu schädigen. Letztlich wollen auch diese Akteure mit unterschiedlichen Strategien den „ungläubigen“ Westen nachhaltig destabilisieren und damit die Expansion des „wahren Islam“ ermöglichen.

Im auslandsbezogenen Extremismus sind nur wenige und verhaltene Reaktionen auf das Kriegsgeschehen festzustellen. Wichtigstes Thema bildet hier der grundsätzliche Vorwurf einer militärisch forcierten Imperialismus-Politik, der sich sowohl gegen Russland als auch gegen westliche Staaten und die NATO richtet. Ebenso wird in den Äußerungen türkischer Linksextremisten und der Anhängerschaft der PKK der humanitäre Aspekt und die Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung in den Fokus genommen.

REAKTIONEN DER RECHTSEXTREMISTISCHEN SZENE

Bereits im Vorfeld der russischen Invasion hatte sich gezeigt, dass die Mehrheit der bayerischen Rechtsextremisten im seit Jahren bestehenden Russland-Ukraine-Konflikt pro-russische Positionen vertritt. Sie verbreiten in diesem Kontext häufig das Narrativ, wonach „westliche Propaganda“ und vor allem die USA an den Spannungen zwischen den beiden Staaten und dem nun ausgebrochenen Krieg schuld seien. Derartige Positionen lassen sich sowohl für den Bereich des klassischen Rechtsextremismus als auch für den der „Neuen Rechten“ feststellen. Insbesondere die neonazistische Kleinstpartei NSP und „III. Weg“ äußern sich hingegen dezidiert pro-ukrainisch.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

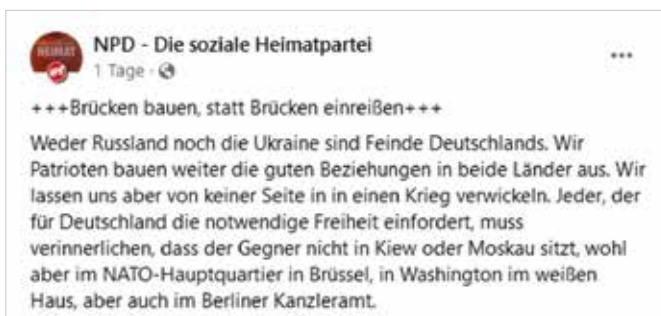
Die NPD beschuldigte im Vorfeld des Kriegsbeginnes allein die NATO und „den Westen“, auf eine Eskalation der Lage hinzuarbeiten. Die Partei nahm Russland hingegen weitgehend in Schutz und erkannte dessen vorgebliche Sicherheitsinteressen in Hinblick auf die Ukraine als legitim an. An dieser Position hielt die NPD auch nach Kriegsbeginn weitgehend fest. In einer offiziellen Erklärung der Partei vom 24. Februar heißt es:

„*Die Kriegshetze der NATO hat es nun geschafft, dass die Brudervölker Russen und Ukrainer aufeinander schießen[.]*“

In diesem Kontext forderte die Partei

„*den sofortigen Abzug amerikanischer Soldaten aus Europa und die Einstellung aller Kampfhandlungen.*“

Die NPD strebt ein eigenständiges europäisches Verteidigungsbündnis ohne die USA als „raumfremde [...] Macht“, aber unter Einbeziehung Russlands, an. Dieses Bündnis müsse sowohl die Souveränität der Ukraine als auch die berechtigten Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation berücksichtigen.



Der ehemalige NPD-Europa-Abgeordnete Udo Voigt bekundete in einem Artikel vom 26. Februar mit dem Titel „Brücken bauen, statt Brücken einreißen“ zwar Bedauern angesichts der Gewalt in der Ukraine, stellt jedoch Russland als wichtigen Partner Deutschlands und Europas dar. „Der Westen“, also die USA und deren europäische Verbündete, seien dagegen eine Gefahr für die Freiheit Europas. Ziel müsse es daher sein, Brücken zu Russland für die Zeit nach dem aktuellen Krieg zu errichten.

Am 30. April kündigte die NPD Nürnberg auf ihrer Webseite den Start einer Flugblatt-Kampagne unter dem Slogan „Ami go home!“ an. Der stellvertretende Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Bayern, Axel Michaelis, plädiert in einem Artikel auf der bayerischen Parteiwebseite vom 12. März für eine „Äquidistanz zu beiden Konfliktparteien“, wobei er deutlich eine anti-westliche und anti-liberale Position erkennen lässt:

Es ist unsinnig, den durch und durch korrupten ukrainischen Staat, der jahrelang Erdgas gestohlen hat, welches über ihr Territorium von Rußland nach Mitteleuropa geleitet wurde und dafür noch Milliarden Euro an Durchleitungsgebühren erhielt, und der seit 2014 zu einem Vorposten der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘, sprich der USA, aufgebaut wurde, zum Verteidiger unserer angeblichen Freiheit vor einer herbeihalluzinierten russischen Bedrohung verklären. Doch ebenso wenig ist Rußland, ob mit oder ohne Präsident Putin, der seit einigen Jahren genau wie die hiesige politische Klasse überall nur noch Faschisten und Nazis am Werk sieht, der allein heilsversprechende Verbündete oder gar Freund Deutschlands.

(Fehler aus dem Original übernommen)

An den Reaktionen zeigt sich deutlich, dass die NPD die durch den Russland-Ukraine-Krieg angespannte internationale Lage als Anlass und Projektionsfläche nutzt, um ihre anti-westlichen, antiliberalen und nationalistischen geopolitischen Konzeptionen darzustellen. Kritik an Russland wird, zumindest von offiziellen Parteivertretern, meist nur angedeutet. In weitgehender Beibehaltung der Argumentationsmuster aus der Zeit vor Kriegsausbruch sieht die NPD die Hauptverantwortung für den Krieg beim „dekadenten Westen“ und dessen Führungsmacht USA. Nichtsdestotrotz zeigt die NPD teils auch Sympathie für die vom Krieg betroffene ukrainische Zivilbevölkerung.

Karl Richter

Der bayerische Rechtsextremist und ehemalige NPD- und BIA-München-Funktionär Karl Richter rechtfertigte am 24. Februar auf seinem Facebook-Account Russlands Angriff auf die Ukraine und schob die Schuld am Kriegsausbruch „dem Westen“ zu:

„*Der Krieg war seit langem programmiert. Der Westen und seine Marionetten in Kiew wollten ihn. Jetzt ist der da, und Putin wird rasch Fakten schaffen. Er wird die Ukraine als westliches Aufmarschgebiet und Quelle permanenter Provokation neutralisieren.*“

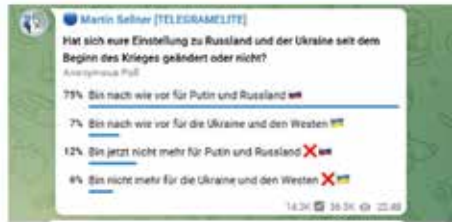
Richter vertritt die Ansicht, man dürfe sich „durch eine verkommene und restlos US-hörige Politikerclique“ nicht in den Konflikt hineinziehen lassen und bewertet den Angriff durchaus positiv:

„*Mit der Militäraktion nimmt die Neuordnung der europäischen und globalen Ordnung nun Fahrt auf [...] Denn in weiterer Konsequenz ist jetzt nicht nur das Vasallenregime in Kiew, sondern darüber hinaus seine Hintermänner im Westen, überhaupt die westliche Verbrecherordnung reif zum Sturz.*“

Identitäre Bewegung

Martin Sellner, der führende Aktivist der Identitären Bewegung (IB) im deutschsprachigen Raum, führte zu Beginn des Russland-Ukraine-Krieges auf Telegram mehrere Umfragen unter seinen Abonnenten durch, um deren Einstellung zum Konflikt zu erheben. Dabei zeichnete sich eine klare Unterstützung für die Positionen Russlands ab. So befürworteten 66 % der Umfrageteilnehmer die Anerkennung der separatistischen Donbass-Republiken Luhansk und Donetsk durch Russland, während nur 10 % dies als einen Angriff auf die Souveränität der Ukraine ablehnten.

Auch nach Kriegsbeginn unterstützten 75 % der Befragten weiterhin Putin und Russland, während sich lediglich 7 % für die Ukraine und „den Westen“ aussprachen.



Die Umfrageergebnisse zeigen, dass ein Großteil der Anhängerschaft Sellners trotz des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen die Ukraine weiterhin Sympathien für Russland unter Putin hegt. Dies dürfte sich in erster Linie aus der Ablehnung der liberalen politischen Systeme und Gesellschaften in den sogenannten „westlichen Staaten“ erklären, als deren wichtigster Gegenspieler auf internationaler Ebene Putin in rechtsextremistischen Kreisen glorifiziert wird.

Offiziell gibt die IB an, im Ukraine-Krieg für keine Seite Partei zu ergreifen zu wollen. Zu verworren und vielschichtig seien die Motive und Interessenlagen in diesem Konflikt. Eine Verurteilung des russischen Angriffskrieges wird abgelehnt. Für die IB steht fest:

„Die größte Bedrohung für die Stabilität und Existenz der europäischen Völker ist vom Mittelmeer aus kommend und heißt ‚Die Migrationswaffe‘.“

Compact-Magazin

Das rechtsextremistische „Compact-Magazin“ bezieht in seiner Berichterstattung klar eine pro-russische Position. In Ausgabe 3/2022 des „Compact-Magazins“ widmet der Chefredakteur Jürgen Elsässer sein Vorwort dem Russland-Ukraine-Krieg. In dem kurzen Beitrag mit dem Titel „Warum Krieg gegen Russland?“ bewertet Elsässer die Eskalation als einen „False-Flag“-Konflikt, welcher gezielt durch die USA und die NATO herbeigeführt worden sei. Der russische Staatspräsident Putin sei demnach gezwungen gewesen, auf die NATO-Osterweiterung und einen möglichen NATO-Beitritt der Ukraine zu reagieren.

Auch in späteren Ausgaben vertritt das Magazin eine klar pro-russische Linie. Die Ausgabe 04/2022 trug den Titel „Raus aus der NATO! Für einen Friedensvertrag mit Russland“. Als Schuldiger des Ukraine-Krieges werden wiederum die USA und die NATO ausgemacht. Während die USA vom Krieg angeblich wirtschaftlich und politisch profitierten, würde Deutschland wirtschaftlich geschwächt und laufe zudem Gefahr, Kriegsschauplatz zu werden. Überdies behauptet Elsässer in reichsbürgertypischer Manier, der Zweite Weltkrieg habe in rechtlicher Hinsicht für Deutschland nie geendet, da es keinen Friedensvertrag gegeben hätte. Ihm zufolge gelte die Feindstaatenklausel weiter, Deutschland sei damit kein souveräner Staat. Daher müsse Deutschland mit Russland Frieden schließen, aus der NATO austreten und sich für neutral erklären. Die Ukraine sei von Russland angegriffen worden, weil sie „sich der NATO als Angriffsplattform gegen das Brudervolk zur Verfügung gestellt hatte“.

In der gleichen Ausgabe werden sowohl ein angeblicher neuer Rassismus gegen Russen und ein behaupteter Missbrauch des Asylrechtes durch Migranten, die sich als ukrainische Flüchtlinge ausgeben, beklagt. Des Weiteren veröffentlichte das „Compact-Magazin“ nach Ausbruch des Krieges eine Sonderausgabe zum Russland-Ukraine-Krieg mit dem Titel „Feindbild Russland – Die NATO marschiert“. Russland wird darin als natürlicher Partner Deutschlands dargestellt, während die „angloamerikanische Politik“ seit über 100 Jahren versuche, „die Herausbildung einer Achse mit den Ankerpunkten Berlin und Moskau zu verhindern“. Die Berichterstattung des „Compact-Magazins“ lässt eine tief-sitzende Ablehnung des liberalen Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsverständnisses der westlichen Welt erkennen. Diese Ablehnung des liberalen „Westens“ stellt ein zentrales Motiv für die pro-russische Stoßrichtung der Berichterstattung dar.

Der Dritte Weg (III. Weg)

Die neonazistische Kleinstpartei „III. Weg“ unterhält seit Jahren freundschaftliche Kontakte zur sogenannten „Azov-Bewegung“ in der Ukraine. Das „Regiment Azov“ gilt als paramilitärische Miliz mit rechtsextremistischen Bezügen und untersteht mittlerweile, wie andere paramilitärische Verbände auch, offiziell dem ukrainischen Innenministerium. In der Vergangenheit besuchten Angehörige des „III. Weg“, darunter auch bayerische Aktivisten, mehrmals die Ukraine und trafen dort Vertreter der „Azov-Bewegung“. Zudem unterhält der „III. Weg“ Kontakte zur nationalistischen ukrainischen Organisation „Sokil“. Entsprechend dieser

Verbindungen ergreift der „III. Weg“ im gegenwärtigen Konflikt Partei für die Ukraine. So berichtete der „III. Weg“ zu Beginn des Krieges auf seiner Webseite in einer Art Nachrichtenticker täglich über die Kampfhandlungen in der Ukraine und nahm dabei eine eindeutig pro-ukrainische Position ein.

Gezeigt wurden im Nachrichtenticker auch Unterstützungsaktionen ausländischer und deutscher Aktivisten aus der rechts-extremistischen und der Hooligan-Szene für den ukrainischen Widerstand gegen die russische Invasion. So seien Sach- und Materialspenden des „III. Weg“ etwa am 22. März in der Ukraine „direkt an der Front in der schwer umkämpften Stadt Kiew [...] direkt an nationalistische Einheiten“ übergeben worden. Zudem wurden zu Beginn des Krieges Mobilisierungsaufrufe der „Azov-Bewegung“, die sich an die Bevölkerung der Ukraine richteten, ins Deutsche übersetzt und geteilt. Mittlerweile ist die Frequenz der Aktualisierungen des Nachrichtentickers jedoch deutlich zurückgegangen.

Der „III. Weg“ begründete in einem Artikel auf seiner Webseite vom 25. Februar seine Haltung zum Russland-Ukraine-Krieg aus seiner völkischen Ideologie heraus. Dabei sieht die Partei die Schuld am Kriegsausbruch sowohl bei Russland als auch beim „Westen“, insbesondere den USA. Doch im Kern sei das ukrainische Volk eben nicht nur Objekt der Großmächte, „sondern auch ein selbständiger Akteur, der für seine Unabhängigkeit und Souveränität kämpft“. Russland unter Putin sei dagegen ein

„brutalkapitalistisches System, dessen Oligarchen sich maßlos bereichern, während große Teile des Volkes in Armut leben.“

Die russische „nationale Opposition“ werde unterdrückt und verfolgt, gleichzeitig nehme die „Überfremdung des weißen Teils des Vielvölkerstaates“ und die „Verherrlichung der Sowjetunion“ immer mehr zu:

„Bei aller berechtigter Kritik am Westen und seiner Expansion, gegen die wir uns so deutlich wie kaum ein anderer politischer Akteur stellen, darf nicht vergessen werden, dass wir nicht nur einen geopolitischen Konflikt haben, sondern in diesem Moment eine europäische Nation gegen einen imperialen Vielvölkerstaat um ihre Unabhängigkeit und völkisch-kulturelle Identität kämpft.“



In einem Artikel auf der Parteiwebseite mit dem Titel „Putin will die Ukraine ‚entnazifizieren‘ und droht Europa mit Nuklearwaffen“ vom 27. Februar kritisiert der „III. Weg“ die in der rechtsextremistischen Szene dominierenden Sympathien für Putin:

Doch es gibt auch noch weiterhin hartnäckige Kreml-Verteidiger im nationalen und patriotischen Lager, die in Putin eine Art ‚Befreier‘ zu sehen glauben. Ob sich diese Subjekte auch vorstellen könnten, unter moskowitischer Herrschaft offen ihre nationale Gesinnung nach außen tragen zu können? Was Putin mit Nationalisten oder gar offenen NS-Sympathisanten zu machen gedenkt, hat er in einer Fernsehansprache unmissverständlich dargelegt.

Doch prangert der „III. Weg“ in seinen Online-Beiträgen nicht nur die neoimperialistische Politik Russlands an, vielmehr betreibt er auch selbst massiv revisionistische Geschichtsklitterung, indem er die Verteidigung der Ukraine mit dem angeblichen „Präventivangriff“ Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion gleichsetzt. In den Kommentarbereichen zu den auf der Partei-Webseite veröffentlichten Artikeln zum Russland-Ukraine-Krieg finden sich auch einzelne Kommentare, die eher eine prorussische Position wiedergeben. Andere Kommentatoren vertreten hingegen die Ansicht, dass der Krieg deutsche Extremisten nichts angehe beziehungsweise diese nicht zu interessieren brauche, u.a. da hier Slawen gegen Slawen kämpften.

Der „III. Weg“ verknüpft seine Berichtserstattung zum Russland-Ukraine-Krieg und dessen Folgen überdies auch mit klassischen rechtsextremistischen Themen wie Asylmissbrauch, Antiziganismus, Ausländerkriminalität und Antisemitismus. So hatte die Partei bereits zu Beginn des Krieges gegen die Aufnahme von aus der Ukraine geflohenen afrikanischen und asiatischen Migranten, darunter auch Flüchtlingen aus anderen Krisengebieten, mit kaum verschleielter rassistischer Intention agitiert. Am 13. April berichtete der „III. Weg“ unter der Überschrift „Asylflut in München: Zigeuner statt Ukrainerinnen“ unter Verwendung antiziganistischer Stereotype, dass „Zigeuner“ beziehungsweise „Rotationseuropäer“ die Situation nutzen würden, um als Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende nach Deutschland einzureisen:

Es ist zu befürchten, dass mit den steigenden Zahlen einreisender Zigeuner auch die organisierte Kriminalität noch mehr Zulauf erhält.

Weitere Beiträge bedienen antisemitische Stereotype. Im Artikel „Russischer Außenminister Lawrow sorgt mit Behauptung über ‚jüdische Nazis‘ für Empörung in Israel“ wird zwar die antisemitische Aussage des russischen Außenministers Lawrow, Hitler habe auch jüdische Wurzeln gehabt, als Verschwörungstheorie vehement zurückgewiesen und als Propaganda zur Diffamierung der ukrainischen Regierung bewertet, doch nutzt der „III. Weg“ selbst die Gelegenheit um antisemitische Stereotype zu verbreiten: So ist die Rede von einer angeblichen weltweiten einflussreichen jüdischen Lobby oder von Juden als Profiteuren an Kriegen und am Leid anderer Völker.

Neue Stärke Partei (NSP)

Die neonazistische NSP, die sich wie der „III. Weg“ als „national-revolutionäre“ Kraft versteht, ergreift ebenfalls deutlich Partei für die Ukraine. So postete die Partei am 24. Februar auf Facebook ein Bild mit der Aufschrift „Solidarität mit der Ukraine – Gemeinsam gegen Kommunismus“ und führte dazu aus:

„*Wir stehen nicht hinter Kommunisten und genauso wenig zur kapitalistisch geprägten NATO. Wir, die Neue Stärke Partei, drücken unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk selbst aus. Es geht um unsere weiße Rasse, um unseren Kontinent und den Ukrainern wird der Krieg um ihr Volk und ihre Souveränität soeben aufgezwungen!*“

Wie der „III. Weg“ stellt die NSP den Kampf der Ukraine gegen Russland in eine Linie mit dem Krieg Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion unter Stalin. Gleichzeitig stilisiert sie diesen Kampf zu einem angeblichen Überlebenskampf der weißen Rasse, was deutlich die völkisch-rassistische und neonazistische Ausrichtung der NSP zeigt.

Ausreisen in das Kriegsgebiet

Dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz wurden bisher vereinzelte Ausreisen von Rechtsextremisten in das Kriegsgebiet bekannt. Diese Personen stammen vornehmlich aus dem Bereich der „Neuen Rechten“ und hielten beziehungsweise halten sich in der Ukraine zu journalistischen oder humanitären Zwecken auf. Belege für eine Beteiligung an den Kampfhandlungen liegen bisher nicht vor.

REAKTIONEN AUS DER SZENE DER REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

Am 10. April fand in Otterfing (Lkr. Miesbach) in der Halle eines Unternehmens eine pro-russische Vortragsveranstaltung mit dem Titel „Schlachtfeld Ukraine – Krieg zwischen West und Ost“ statt. Als Redner trat der Reichsbürger Wjatscheslaw Seewald auf, der die Veranstaltung mit „Insider-Informationen über den Krieg in der Ukraine“ auf seinem Telegram-Kanal u. a. damit bewarb, zu den Kriegszielen des russischen Präsidenten Putin zu referieren. Polizeiangaben zufolge nahmen circa 50 Personen an der Veranstaltung teil. Am 24. April führte Seewald eine weitere Informationsveranstaltung unter dem Motto „Schlachtfeld Ukraine – Krieg zwischen West und Ost“ in Gmund am Tegernsee durch.

Die Teilnehmeranzahl belief sich auf 40-50 Personen, wobei die Mehrheit der Anwesenden dem bürgerlichen Spektrum zuzurechnen war. Im Vorfeld wurde auch diese Veranstaltung in einschlägigen Social-Media-Kanälen, u.a. auf Telegram, beworben.

Seewald agiert in Personenkreisen, die sich aus einer Schnittmenge zwischen Reichsbürgern, Rechtsextremisten sowie Esoterikern zusammensetzen, und verbreitet dabei mitunter antisemitische Verschwörungstheorien. Auch im Zusammenhang mit der Corona-Protestszenen sind Aktivitäten Seewalds bekannt. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine postet er auf seinem offen einsehbaren Telegram-Kanal mit annähernd 11.000 Followern pro-russische Kriegspropaganda. Der Krieg und die aktuelle politische Situation bieten ihm die Gelegenheit, sich unter Berufung auf seine Biographie als angeblichen Russland-Experten darzustellen.

Kernbestandteil von Seewalds Ideologie, die er auch in kostenpflichtigen Web-Seminaren verbreitet, ist die von ihm entwickelte Verschwörungstheorie „Gerussia“, eine abgewandelte Variante beziehungsweise Vermischung der beiden Verschwörungstheorien der „jüdischen Weltverschwörung“ und des „Bevölkerungsaustauschs“. Die angeblich bevorstehende Vernichtung des deutschen Volkes könne, so die These Seewalds, nur durch eine Verbrüderung der beiden Staaten Russland (RUS) und Deutschland (GER) abgewendet werden.

Anhand von Seewalds politischen Aktivitäten lässt sich erkennen, wie er versucht, Personen aus den unterschiedlichsten Spektren für sich zu gewinnen und sein extremistisches Gedankengut in unterschiedliche Milieus zu streuen. Seewalds Angebot ist für jedermann leicht zugänglich und kann sowohl für Rechtsextremisten und Reichsbürger als auch für Personen, die dem esoterischen Milieu angehören, ansprechend sein. Dadurch kann es auch zu einer rechtsextremistischen Beeinflussung eines eher esoterisch orientierten Milieus kommen. Seine politischen Agitationen sind hinsichtlich des Russland-Ukraine-Krieges konstant von einer pro-russischen Haltung geprägt. Die für Vorträge im Bereich der Reichsbürgerszene vergleichsweise hohen Teilnehmerzahlen verdeutlichen das aktuell große Interesse an der Thematik.

Mittlerweile scheint Seewald mit dem Ziel der Auswanderung nach Teneriffa ausgereist zu sein. Über soziale Netzwerke setzt er jedoch seine an eine deutschsprachige Zielgruppe adressierten politischen Aktivitäten weiterhin fort.

REAKTIONEN AUS DEM BEREICH DER VERFASSUNGSSCHUTZRELEVANTEN ISLAMFEINDLICHKEIT

Michael Stürzenberger, die zentrale Person der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene in Bayern, ergriff Mitte März auf Facebook Partei für die Ukraine und kritisiert deutlich die politischen Zustände in Russland. In einem Facebook-Beitrag fordert Stürzenberger seine Anhänger dazu auf, sich vorzustellen, Deutschland wäre anstelle der Ukraine seit Jahren russischer Aggression ausgesetzt und würde nun mit Krieg überzogen:

Jetzt frage ich: Wer von uns würde da noch Verständnis für Putin haben? Oder würden wir auch für die Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands kämpfen? Wer würde das Verteidigungsbündnis NATO, das die Sicherheit unserer Nachbarländer garantiert, allen Ernstes als den Aggressor ansehen und Russland als das ‚Opfer‘? [...] Das ukrainische Volk will nicht wie die Menschen in Russland leben, denen 15 Jahre Knast droht, wenn sie Kritik an dem allmächtigen Präsidenten üben. Wo die Zensur einen so abartigen Umfang angenommen hat, dass man sich nichts Kritisches mehr zu sagen traut. Wo bekannte Putin-Kritiker im In- und Ausland getötet werden. Wo einem die verlogene Staatspropaganda eine dreiste Lüge nach der anderen um die Ohren haut und den Menschen eine totale Gehirnwäsche verpasst.

Die Reaktionen in den Kommentaren zu Stürzenbergers Beitrag sind tief gespalten. Während ihm ein Teil der Leserschaft zustimmt, lehnen andere seine Positionen vehement ab. Stürzenberger sieht zudem eine Parallele zwischen dem Freiheitskampf des ukrainischen Volkes und seinen eigenen islamfeindlichen Bestrebungen, denen er auf diese Weise Legitimität zu verschaffen sucht:

Diesen Freiheitskampf werden wir in einigen Jahrzehnten möglicherweise auch führen müssen, wenn es gleiche Annektions-Ansprüche von einer anderen Seite gibt, die dann einen beträchtlichen Bestandteil an der Gesellschaft in unserem Land haben wird.

(Fehler aus dem Original übernommen)

REAKTIONEN DER LINKSEXTREMISTISCHEN SZENE

Die linksextremistische Szene inszeniert sich seit jeher medienwirksam als Streiter für Frieden und Gerechtigkeit. Entgegen der vielfältigen Aufrufe zur Abrüstung und gegen militärische Interventionen beziehen Szenemitglieder jedoch nicht per se pazifistische Positionen. Innerhalb der linksextremistischen Szene sind auch hinsichtlich des Russland-Ukraine-Krieges durchaus stark divergierende Haltungen erkennbar, insbesondere zu militärischen Auseinandersetzungen, zu Militär im Allgemeinen sowie zur Anwendung militärischer Gewalt als Mittel der Durchsetzung staatlicher Interessen.

So lehnt unter dem Schlagwort „Antimilitarismus“ das autonome und anarchistische Spektrum Militär und Krieg als „kapitalistische Instrumente“ in Gänze ab. Dass Anarchisten und Autonome keine Pazifisten sind, zeigt sich jedoch darin, dass sie Gewalt in Form von Aufständen und Revolutionen dann befürworten, wenn sie sich gegen die staatliche Ordnung richten. Der „Antimilitarismus“ der autonomen und anarchistischen Szene richtet sich daher im Wesentlichen gegen die Streitkräfte des eigenen Staates, also gegen die Bundeswehr und die in der Bundesrepublik stationierten NATO-Streitkräfte. Szeneakteure wie etwa die Interventionistische Linke (IL) lehnen militärische Interventionen aller Art, sowohl Auslandseinsätze der Bundeswehr als auch den Einmarsch Russlands in die Ukraine, mehrheitlich ab.

Demgegenüber beziehen orthodoxe kommunistische Parteien wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) infolge ihrer „antiimperialistischen“ Ausrichtung gegen Pazifismus und Antimilitarismus Position. Im Kommunismus ist die militärische Gewaltanwendung ein politisches Mittel zur Herbeiführung des „Sieges des Sozialismus“. In der kommunistischen Doktrin von „gerechten“ und „ungerechten Kriegen“ kommt es nicht darauf an, ob es sich dabei um die Verteidigung gegen einen Angriff oder um die eigene militärische Aggression handelt. Über die „Legitimität“ von Krieg entscheidet aus „antiimperialistischer“ Sicht lediglich die Frage, ob dieser den Sozialismus fördert. Daher vertrat das orthodoxe kommunistische Spektrum gegenüber dem russischen Staat, als Nachfolger der kommunistischen Sowjetunion, bis in die jüngste Vergangenheit eine weitgehend unkritische bis positive Haltung.

Szeneinterne Kontroversen zur russischen Invasion

Nachdem bereits am 24. Januar ukrainische Anarchisten auf der linksextremistischen Szeneplattform „de.indymedia.org“ vor dem russischen Imperialismus gegenüber der Ukraine gewarnt hatten, äußerten am 18. Februar auch Szeneangehörige unter dem Synonym „Antimilitarist:innen“ auf der Plattform offen Kritik an Russland: So könne Russland als kapitalistische Großmacht „für uns als Linke niemals Bezugspunkte der Solidarität sein“. Weiter heißt es:

„*Der Kern des Problems ist letztlich nicht die Aggression der NATO, sondern der Imperialismus, der Kriege notwendig macht.*“

Auch das überregionale Bündnis „Perspektive Kommunismus“ hatte bereits vor Kriegsbeginn gegen Russland Stellung bezogen. In einer am 14. Februar veröffentlichten Erklärung zur 58. Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) mit dem Titel „Der NATO in den Rücken fallen“ wird eine „Solidarität mit Russland“ abgelehnt. Im Kapitalismus, so auch im russischen Kapitalismus, läge das grundlegende Problem. Ein „revolutionärer Bürgerkrieg“ sei die „einzige Möglichkeit dem imperialistischen Kriegstreiben ein Ende zu setzen“. Während der MSC demonstrierten am 19. Februar Angehörige der linksextremistischen Szene nicht zuletzt mit Blick auf die Ukraine-Krise gegen die „imperialistischen Kriegstreiber“, womit jedoch vorwiegend die an der Konferenz teilnehmenden NATO-Staaten gemeint waren. In diesem Zusammenhang propagierten die Teilnehmer wie in den Vorjahren, dass vor allem die USA und die EU als vermeintliche Aggressoren für unzählige Krisen und Kriege verantwortlich seien.



Nach Beginn des Angriffs auf die Ukraine solidarisierten sich zahlreiche Akteure der linksextremistischen Szene mit der Ukraine und dem ukrainischen Volk, das sie als Opfer eines als imperialistisch wahrgenommenen Angriffskrieges Russlands betrachten. Doch auch

der Europäischen Union, der NATO beziehungsweise den USA schreiben sie eine Verantwortung für den Krieg zu. Das Narrativ der NATO-Osterweiterung als geopolitische Ursache für den russischen Überfall wird von vielen linksextremistischen Organisationen, wie z. B. von der Nürnberger „Organisierten Autonomie“ oder dem „Antifaschistischen Aufbau München“ verbreitet.

Am Tag der russischen Invasion veröffentlichte die IL auf ihrer Webseite ein Statement, in dem sie einerseits von einem russischen „Angriffskrieg“ spricht, der „niemals gerechtfertigt“ sei. Die IL sieht jedoch auch eine Verantwortlichkeit für den Krieg bei der Bundesrepublik Deutschland und ihren Bündnispartnern, etwa durch die Osterweiterung der NATO:

Und nicht zuletzt müssen wir uns auch solch eine Frage stellen, die auf unsere eigene Rolle und Verantwortung abspielt: welchen Beitrag leistet der deutsche Staat in diesem Krieg? [...] Tatsächlich ist die Osterweiterung der NATO an die Grenzen Russlands eine Vorbereitung auf diesen Krieg gewesen[.]

(Fehler aus dem Original übernommen)

Eindeutig zugunsten Russlands bezog vor allem die DKP Stellung. Am Vormittag des 26. Februar rief sie im Rahmen einer Demonstration in München zur Solidarität mit Putin auf und positionierte sich gegen den vermeintlichen „Imperialismus“ der NATO. Der russische Angriff wird als Verteidigungshandlung gegen eine angebliche, von NATO und dem Westen gesteuerte, ukrainische Aggression gerechtfertigt.

Kritik an den westlichen Reaktionen auf den Russland-Ukraine-Krieg

In den Wochen nach Kriegsbeginn positionierten sich große Teile der linksextremistischen Szene gegen die von der Bundesregierung angekündigte Aufrüstung der Bundeswehr und die Waffenlieferungen an die Ukraine.

Am 3. April veröffentlichten Szeneangehörige einen Beitrag zum Thema „Rüstungsindustrie angreifen! Vorstellung einer Informationsplattform“ auf „de.indymedia.org“. In dem Artikel wird unter dem bekannten linksextremistischen Motto „Der Krieg beginnt hier!“ auf die neue Internetplattform

„ruestungsindustrie.noblogs.org“ hingewiesen. Ziel der Seite sei es „Informationen über die Rüstungsunternehmen, ihre Finanziere, Zulieferer, Lobby und Co. zu veröffentlichen“ und Personen, die Sabotageaktionen an Rüstungsunternehmen planen, mit nützlichen Informationen zu versorgen.

Auf der Webseite sind zahlreiche mutmaßlich linksextremistische Aktionen mit Bezügen zu Antimilitarismus und Rüstungsindustrie dokumentiert, u.a. der Brandanschlag gegen das Raumfahrtunternehmen OHB SE in Bremen am 1. Januar und die Sachbeschädigung bei den Beratungsunternehmen KPMG AG und TechConnect GmbH am 28. März in München.



Zwischenzeitlich ist es bundesweit zu Angriffen auf Rüstungsfirmen und ihre Zulieferer gekommen. Im Mai wurde auch ein Funkmast der Deutschen Bahn AG angegriffen, im Bekenner-schreiben heißt es, das Unternehmen sei „Teil der Kriegslogistik in Europa“.

Ende April trat mit der Webseite „hauptfeind.de“ ein neues, bundesweites Bündnis in Erscheinung, welches sich explizit gegen die beabsichtigte Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik stellt. Unter dem Slogan „Offensive gegen Aufrüstung – Klassenkampf statt Burgfrieden“ haben sich bislang 29 Gruppen zusammengeschlossen, darunter 8 linksextremistische Gruppen und 3 Gruppierungen des Auslandsbezogenen

Extremismus aus Bayern. Der Name des Bündnisses dürfte vom Titel eines Flugblattes von Karl-Liebknecht aus dem Jahre 1915 inspiriert worden sein: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“.



In einem aktuellen Aufruf auf der Webseite des Bündnisses heißt es:

„Als Kriegsgegner*innen in Deutschland sind unsere Feinde die deutschen Rüstungskonzerne und Banken, ihre politischen Handlanger in den Parteispitzen der bürgerlichen Parteien, sowie die Medien, die uns aufhetzen sollen.“

Der Mobilisierungserfolg zum bundesweiten Aktionstag „In die Offensive gegen Aufrüstung – keine 100 Milliarden für Deutsche Kriege!“ am 11. Juni dürfte allerdings hinter den Erwartungen der Szene zurückgeblieben sein. In München gelang es z.B. unter gleichnamigem Motto in der Spitze nur circa 150 Personen sowohl aus dem autonomen als auch aus dem orthodoxen linksextremistischen Spektrum für den Protest zu gewinnen.

REAKTIONEN DER ISLAMISTISCHEN (ONLINE-)SZENEN

Infolge der russischen Invasion in die Ukraine am 24. Februar wurden zahlreiche Reaktionen und Einordnungen der Geschehnisse seitens der deutschsprachigen islamistischen, salafistischen und jihadistischen (Online-)Szenen festgestellt. Zentrale Themenmotive sind dabei der Vorwurf einer angeblichen Doppelmoral, Heuchelei und „rassistischen“ Islamfeindlichkeit „des Westens“ einerseits sowie die Hoffnung auf eine Destabilisierung Europas und Russlands als globale Expansionschance für den „wahren Islam“ andererseits. International fordern Jihadisten dazu auf, in die ukrainischen Kampfgebiete zu reisen, um sich vor Ort im Umgang mit Waffen zu üben, oder die Gesamtlage durch Anschläge in West- und Osteuropa weiter zu verschärfen.

So zogen in sozialen Netzwerken und Messenger-Diensten der islamistischen und salafistischen Szene angehörige User einen Vergleich zum syrischen Bürgerkrieg. Sie warfen „dem Westen“ vor, seinerzeit keine Forderungen an den russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Rückzug seiner Truppen gestellt zu haben, als diese die Streitkräfte des syrischen Machthabers Bashar al-Assad militärisch unterstützten. Der Grund wird darin gesehen, dass den „Ungläubigen“ das Leid und „Blut“ von Musliminnen und Muslimen egal sei. Das deutsche jihadistische Szenegorgan „inews“ behauptete auf Instagram, unter den ukrainischen Geflüchteten befänden sich „[viele] extreme Rassisten“. Online kursierende, nicht verifizierbare Videos und Berichte, wonach nicht-weiße Personen an der Ausreise aus der Ukraine gehindert würden, wurden als Belege für eine vorgeblich islamfeindliche „Zwei-Klassen-Flucht“ herangezogen.



Die der islamistischen „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) nahstehende Online-Initiative „Realität Islam“ (RI) erklärte ebenfalls, dass sich in der aktuellen Situation erneut zeige, wie „europäische Staatsführer auf Muslime herabblicken und wie tief der toxische Rassismus in ihnen verankert“ sei.

Der Russland-Ukraine-Krieg wird von islamistischen und salafistischen Stimmen immer wieder als Folge eines übersteigerten Nationalbewusstseins beziehungsweise eines westlichen Nationalismus beschrieben. Diesem wird im propagandistischen Umkehrschluss die „Umma“ (deutsch: „Gemeinschaft aller Musliminnen und Muslime“) als vorgeblicher Lösungs- und Heilsweg gegenübergestellt. Die Unterstützung der russischen Armee durch die teils streng muslimisch bis islamistisch geprägten Kampfverbände des tschetschenischen Machthabers Ramsan Kadyrow wird vor diesem Hintergrund, mit Verweis auf die militärische Unterstützung Putins für den syrischen Machthaber Assad, größtenteils kritisch und vereinzelt als Verrat an den Musliminnen und Muslimen gewertet.



Bernhard Falk, vormals Linksextremist und heute Hauptakteur der salafistischen Gefangenenbetreuung in Deutschland, positioniert sich dezidiert pro-russisch. Nach seiner Darstellung hätten die selbsterklärten Volksrepubliken Luhansk und Donezk um die militärische Hilfe Russlands gebeten, „um die andauernde Aggression der von der NATO hochgerüsteten westlichen Kräfte abzuwehren“. So begrüßte Falk die am 21. Februar von Präsident Putin im russischen Fernsehen gehaltene „Ansprache gegen die Machenschaften der USA/NATO/BRD in Osteuropa, was die

vergangenen 30 Jahre betrifft“ als „längst fällig“. Am 2. März bezeichnete er den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auf Twitter als „>Präsident< der NATO-EU-Marionettenregierung [...] jüdischer Herkunft und enger Verbündeter der Zionisten !!!“

Putin-kritische Stimmen konnten z. B. in Form von Instagram- und Telegram-Beiträgen mit historischen Verweisen auf die Lage der Musliminnen und Muslime zu Zeiten der Sowjet-Herrschaft festgestellt werden. Deziert antirussisch äußerten sich auch Protagonisten aus dem Kreis der jihadistischen Terrororganisation „Hai’at Tahrir al-Sham“ (HTS). So berichtete etwa ein nach Syrien ausgereister deutschsprachiger Jihadist, Assad-Gegner und Betreiber des HTS-unterstützenden Telegram-Kanals „Buschraa von Schaam“, seit Beginn der Gefechte über Erfolge des ukrainischen Militärs und kommentierte z. B. die Videoaufnahmen eines zerstörten russischen Panzers mit den Worten „Möge Allah die Feinde des Islams vernichten“.

REAKTIONEN AUS DEM AUSLANDS-BEZOGENEN EXTREMISMUS

Im Bereich des auslandsbezogenen Extremismus sind bislang nur wenige Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg zu verzeichnen. Thematisch dominieren auch hier die Kritik an einer angeblichen Ungleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine im Vergleich zu solchen aus anderen Kriegs- und Krisenregionen sowie der Vorwurf des westlichen Imperialismus beziehungsweise einer „NATO-Doppelmoral“ als Ursache für die politisch-militärische Entwicklung in Osteuropa.

Zu den in pro-kurdischen extremistischen Kreisen beobachteten Reaktionen gehören diverse Veranstaltungshinweise und Solidaritätsbekundungen gegenüber dem ukrainischen Volk sowie die Beteiligung des PPK-nahen „Medya Volkshauses e.V.“ am „antimilitaristischen Block“ der diesjährigen Demonstration zum „Revolutionären 1. Mai“ in Nürnberg („Gegen Putins Krieg in der Ukraine! Gegen Erdogans Krieg in Kurdistan!“).

Auch auf Seiten des türkischen Linksextremismus überwiegt u. a. in Bayern die Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung. Gleichsam werden gruppenabhängig rege Diskussionen über die Rolle der USA, Deutschlands, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der NATO als „Kriegstreiber“ und ein vermeintliches Fehlverhalten der Ukraine geführt, im Zuge derer teils

Verständnis für das Vorgehen Russlands geäußert wird. Ähnlich heterogen gestalten sich die Reaktionen türkischer Rechtsextremisten, wobei unter „Ülkücü“-Anhängern der diplomatische Bedeutungszuwachs Erdogans als Vermittler zwischen den beiden Kriegsparteien mit deutlicher Genugtuung aufgenommen wird.

AUSBLICK

Es ist seit jeher eine Strategie von Extremisten, virulente gesellschaftspolitische Debatten aufzugreifen und mit ihren eigenen Kernthemen zu verknüpfen. Ziel dieser Propaganda ist es, die eigene Reichweite zu erhöhen und auch in nicht extremistischen Milieus Gehör zu finden. Aktuell versuchen insbesondere Rechtsextremisten und Anhänger der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates die politischen und ökonomischen Entwicklungen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine im Sinne der eigenen Ideologie zu instrumentalisieren.

So werden u.a. die gestiegene Inflation und die Unsicherheit in der Energieversorgung in verschwörungstheoretischer Weise als Teile eines angeblichen Plans politischer Eliten dargestellt. Als Aufhänger dient hierzu häufig die Verschwörungstheorie des „Great Reset“. Dabei handelt es sich ursprünglich um eine Initiative des Weltwirtschaftsforums aus dem Jahr 2020, welche die Herausforderungen der Pandemie als potenziellen Impulsgeber für eine nachhaltigere Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft und den Abbau globaler Ungleichheit betrachtet. In verschwörungstheoretischen Darstellungen wird diese Initiative als „globalistisches“ Projekt bezeichnet, welches darauf abziele, durch die Erzeugung multipler Krisen die Menschen zu enteignen, die Souveränität der Nationalstaaten abzuschaffen und eine Weltregierung – teilweise auch unter Bezugnahme auf eine jüdische „Finanzelite“ – zu errichten.

Rechtsextremisten instrumentalisieren Verteilungsängste, indem sie die durch den Ukrainekrieg gestiegenen Wohnnebenkosten als Folge der Migration darstellen und Massenabschiebungen als Sparmaßnahme fordern.

Sowohl im Bereich Rechtsextremismus als auch in der Szene der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates wurde für den bevorstehenden Herbst zu Demonstrationen, u.a. gegen die ab Oktober geltenden Corona-Schutzmaßnahmen, aber auch gegen steigende Preise aufgerufen. Es ist davon auszugehen, dass aus diesen Szenen heraus erneut versucht wird, Einfluss auf gesellschaftliche Debatten und das Protestgeschehen zu nehmen.

Bereits im Zuge der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen im vergangenen Winter hat sich gezeigt, wie diese einerseits dazu geeignet sind, Radikalisierungsverläufe von Extremisten insbesondere in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und Reichsbürger und Selbstverwalter zu beschleunigen und zu verstärken. Andererseits konnte festgestellt werden, dass zum Teil auch die verfassungsschutzrelevante Radikalisierung von Personen, die bisher noch keine Bezüge zu extremistischen Bestrebungen aufgewiesen haben, durch diese angestoßen wurde.

So führt das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz seit Oktober 2021 im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz ein Ermittlungsverfahren gegen eine Gruppierung, deren mutmaßliches Ziel es gewesen sein soll, bundesweit Sabotageaktionen an öffentlichen Betrieben, insbesondere der bundesweiten Stromversorgung, durchzuführen. Auf diese Weise sollte ein „Blackout“ verursacht werden, der wiederum bürgerkriegsähnliche Zustände erzeugen sollte. Die Gruppierung soll das übergeordnete Ziel verfolgt haben, einen „Systemsturz“ in Deutschland herbeizuführen. Zudem sollten namhafte Personen des öffentlichen Lebens entführt und medienwirksam für diese Zwecke instrumentalisiert werden. Ausschlaggebend für die Ermittlungen waren Beiträge in der Telegram-Gruppe „Vereinte Patrioten“.

Im Zuge der Ermittlungen konnte bundesweit eine Vielzahl von Personen identifiziert werden, die die betreffenden Pläne unterstützen. Hierzu gehörten sowohl polizeilich als auch nachrichtendienstlich bekannte Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum und der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene. Am 14. April wurden in 9 Bundesländern insgesamt 20 Objekte durchsucht. 3 Durchsuchungsmaßnahmen fanden in Bayern statt, u.a. auch bei einem dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz bereits bekannten Rechtsextremisten.

Gerade bei starker persönlicher Betroffenheit durch die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, wie den stark gestiegenen Energiepreisen, sind ähnliche Radikalisierungsverläufe von Einzelpersonen, infolge derer Politiker nur noch als Hassfiguren wahrgenommen werden, denkbar. Es ist daher nicht auszuschließen, dass sich der bei „Corona-Spaziergängen“ in der Vergangenheit mitunter festgestellte Hass auf politische Entscheidungsträger wieder und ggfs. verstärkt durch die Verschränkung mit anderen Protestthemen in Bedrohungen von Politikern und Angriffen auf Polizeikräfte manifestiert.

Sobald die derzeit noch abstrakt diskutierten wirtschaftlichen Belastungen in der Realität weite Teile der Gesellschaft erfassen, dürften auch andere Phänomenbereiche versuchen, Protestbewegungen mit ihrer generellen Agitation gegen die Demokratie zu infiltrieren. Dies gilt insbesondere für die linksextremistische Szene. Bereits im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hatte die Szene unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ gegen die „herrschende Klasse“ und angeblich von der Pandemie profitierende Unternehmen agitiert. Es sind erste Ansätze erkennbar, diese Kampagne auf die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen auszuweiten.

Auch im virtuellen Raum ist damit zu rechnen, dass Extremisten weiterhin versuchen werden, Einfluss auf evt. neu oder wieder aufflammende Proteste zu nehmen. So war bereits im Hinblick auf die Corona-Protestszenen festzustellen, dass Extremisten versucht haben, sich deren Reichweite und die Dynamik innerhalb dieses Protestmilieus zunutze zu machen, um sich selbst und die eigenen Ziele als Teil einer größeren Bewegung zu inszenieren.

Rechtsextremismus

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IM RECHTS- EXTREMISMUS

Strategische Neuausrichtung der NPD scheitert auf 38. Bundesparteitag

Am 14. und 15. Mai veranstaltete die NPD in Altenstadt (Hessen) ihren 38. Bundesparteitag mit Neuwahl des Parteivorstandes.

Zu Beginn des Parteitages trat der ehemalige Bundesvorsitzende Sven Skoda der rechtsextremistischen Partei „Die Rechte“ als „freier Nationalist“ mit einem Grußwort auf. Im weiteren Verlauf befasste sich der NPD-Parteivorsitzende Frank Franz laut einer NPD-Pressemitteilung vom 16. Mai in seiner Parteitagsrede mit den Schwierigkeiten der Parteiarbeit in den vergangenen „Corona-Jahren“.

Er räumte ein, dass vor allem die Bundestagswahl gezeigt habe, dass die NPD als Wahlpartei bei überregionalen Wahlen aktuell keine Chancen auf positive Ergebnisse habe. Allerdings sei die NPD noch immer die stärkste nationale Organisation. Man wolle sich fortan verstärkt als Netzwerker, Dienstleister, punktueller Bündnispartner, regionaler Motor und Unterstützer von Bürgerprotesten und regierungskritischen Initiativen engagieren.

Außerdem werde man sich auf die Teilnahme an Kommunalwahlen konzentrieren. Hierfür seien jedoch eine stärkere Regionalisierung der Parteiaktivitäten und eine Neuausrichtung der NPD als „Antiparteien-Partei“ erforderlich.

Bei den Vorstandswahlen am 14. Mai bestätigten die Delegierten Franz in seiner Position als Parteivorsitzenden. Mit dem am 15. Mai wiedergewählten Beisitzer Axel Michaelis ist auch der bayerische Landesverband im NPD-Parteivorstand vertreten. Franz teilte auf Facebook mit, dass die Delegierten in Gänze die von ihm favorisierte Vorstandszusammensetzung gewählt hätten.

Den thematischen Schwerpunkt des laut Franz „vielleicht wichtigsten Parteitag[s], den die Geschichte der NPD je erlebt hat“ bildeten die Beratungen zur Neuausrichtung sowie die Entscheidungen zur Satzungsänderung und Umbenennung der Partei. Bereits einige Tage zuvor war hinsichtlich einer möglichen Umbenennung der Namensvorschlag „Die Heimat“ bekanntgeworden. Diskussionen zur parteilichen Strategie- und Zukunftsentwicklung und einer damit verbundenen etwaigen Umbenennung der Partei werden parteiintern bereits seit 2019 geführt. Aufgrund starker Spannungen im NPD-Parteivorstand wurde die offizielle Prüfung einer Umbenennung jedoch immer wieder verschoben.

Trotz der ausbleibenden Prüfung positionierte sich der Parteivorstand bereits im Februar 2021 öffentlich zum Thema und unterstützte eine Neuausrichtung und Umbenennung der NPD zu einer Partei, „welche alle Deutschen umfaßt, die noch Deutsche sein wollen“.

Im Januar 2022 wurde im Internet das Rundschreiben „Chefsache: Stürmische Zeiten“ bekannt, in dem Franz für den bevorstehenden Bundesparteitag wirbt. Im Rahmen des Bundesparteitages müsse, so Franz, „die Richtung für die kommenden Jahre“ beschlossen werden. Er berichtet überdies von schweren parteiinternen Verwerfungen, die er als „stürmische Auseinandersetzungen“ bezeichnet. Franz zufolge arbeite innerhalb der NPD eine „kleine Gruppe von Sektierern und Störenfriedern“, die „innerparteilich satzungswidrige Parallelstrukturen“ aufbaue und „parteischädigend und zersetzend“ handle.

Auch in einem Video-Interview mit dem Titel „Nachgefragt – Wie geht’s weiter, NPD?“ vom 1. April (veröffentlicht auf dem NPD-YouTube-Kanal „Nationaldemokraten“) verortet Franz die Partei in einer Findungsphase; zudem plädiert er abermals für eine Umbenennung der NPD.

Am 21. April, wenige Tage vor dem Bundesparteitag, forderte auch die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) einen neuen Parteinamen und drohte kurzzeitig sogar offen mit einer Abspaltung von der Partei, falls der bisherige Name nicht zeitnah abgelegt werde.

Obwohl sich Teile der bayerischen NPD-Kreisverbände (u.a. die Vorsitzenden der Kreisverbände München und Nürnberg-Fürth) zu Beginn der Diskussion gegen Reformanstrengungen und eine Parteiumbenennung stellten, befürwortete auch der damalige bayerische NPD-Landesvorsitzende Sascha Roßmüller am 27. April Neuausrichtung und Umbenennung der Partei. Der bayerische NPD-Landesverband schrieb hierzu noch am selben Tag auf Telegram: „Parteireform & Namensdebatte: Wer sich nicht entwickelt, wird abgewickelt.“

Direkt vor dem NPD-Bundesparteitag veröffentlichten die Bundes-NPD sowie die ihr zuzuordnende Zeitschrift „Deutsche Stimme“ im Internet und in den sozialen Medien Strategie- und Diskussionsbeiträge, die hinsichtlich der für die NPD desaströsen Wahlergebnisse eine Neuausrichtung der Partei propagierten:

Das muss ganz illusionsfrei zu der Einschätzung führen, dass die NPD als Wahlpartei fürs Erste gestorben ist. Das kann aber den Weg für eine strategische Neuausrichtung als völkische Graswurzelbewegung im ländlichen Raum freimachen. Trotz Wahlniederlagen hat die NPD neben gewissen wirtschaftlichen Ressourcen etwas von unschätzbarem Wert vorzuweisen: politisch erfahrene und entschlossene Mitstreiter. Sie und ihr Umfeld können zur Keimzelle einer neuen Landvolk-Bewegung werden, die im von der herrschenden Politik vergessenen ländlichen Raum die Lebenswelt prägt. In Mitteldeutschland gibt es diesen Ansatz schon seit Jahren, den es unter Bündelung aller personellen, finanziellen und propagandistischen Mittel aufs ganze Land auszuweiten gilt.

Auf dem NPD-Bundesparteitag wurde bei der Abstimmung über die neue Parteisatzung und die damit angestrebte Namensänderung in „Die Heimat“ mit 100 Stimmen der 154 Delegierten das vorgegebene 2/3-Quorum um 3 Stimmen verfehlt. Unmittelbar nach der Entscheidung erklärte der bayerische NPD-Landesvorsitzende Sascha Roßmüller auf Telegram, nicht erneut für den NPD-Parteivorstand zu kandidieren und auch beim bayerischen NPD-Landesparteitag nicht mehr für eine Vorstandsposition antreten zu wollen.

Der wiedergewählte NPD-Parteivorsitzende Franz schrieb am 15. Mai auf Facebook:

Zwar ist die Umbenennung wegen 3 Stimmen an einer überwiegend destruktiven Minderheit vorerst gescheitert. Aber der Wille der Mehrheit und das Mandat sind da. Wir bauen jetzt um.

Auch in seiner Presseerklärung vom 16. Mai bedauerte Franz wiederholt das „hauchdünne“ Scheitern der Umbenennung.

Trotz der gescheiterten Umbenennung revidierten die JN ihre Abspaltungspläne und teilten am 19. Mai auf Telegram mit:

Das Fazit des Parteitages ist für uns – trotz keiner direkten Umbenennung – dass es bald zur Umbenennung kommen wird. Nicht nur das, die Partei und ihr Vorstand haben klargemacht, dass die Partei leben will. Auch deswegen wird sie von ihrer Jugendorganisation weiter unterstützt.

Beim Landesparteitag der bayerischen NPD am 6. Juni wurde der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Nürnberg-Fürth, Rainer Hatz, zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Nach Aussage eines gewählten Landesvorstandsmitgliedes würden sämtliche Mitglieder des bayerischen NPD-Landesvorstandes die Namensänderung der Partei befürworten. Mit Ausnahme des NPD-Kreisverbandes München stünden auch sämtliche bayerische NPD-Kreisverbände hinter den vom NPD-Bundesvorstand anvisierten Veränderungen.

Nach den Ergebnissen des 38. NPD-Bundesparteitages fällt eine Prognose hinsichtlich der weiteren Entwicklung der NPD aufgrund der offensichtlichen innerparteilichen Differenzen zwischen Traditionalisten und Reformern schwer. Das Grußwort eines „freien Nationalisten“ und zugleich früheren Bundesvorsitzenden einer in Konkurrenz zur NPD stehenden Partei weist darauf hin, dass die NPD den Vernetzungsgedanken umzusetzen versucht. Zweifelhaft ist jedoch, ob eine Fokussierung auf regionales Protestgeschehen, das die Partei zudem mit „Mitteldeutschland“ überwiegend in den ostdeutschen Bundesländern verortet, bundesweit auf positive Resonanz stoßen wird.

Zwar kann die NPD-Führung die von ihr angestrebten weiteren strategischen Zielsetzungen auch unabhängig von einer Satzungsänderung und Umbenennung angehen. Mit einer zeitnahen Umkehrung des Abwärtstrends dürfte derzeit jedoch nicht zu rechnen sein.

„Neue Stärke Partei“ (NSP) startet Aktivitäten in Bayern

Im November 2021 gründete sich in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) die neonazistische „Neue Stärke Partei“ (NSP). Die NSP gliedert sich in einen Bundesverband mit Sitz in Erfurt (Thüringen) und nachgeordnete Abteilungen in verschiedenen Bundesländern.



Der Parteigründung gingen seit dem Jahr 2015 Vereinsaktivitäten, zunächst unter der Bezeichnung „Volksgemeinschaft Erfurt e.V.“, voraus. Im Sommer 2018 trat die Gruppe in Erfurt der Partei „Der Dritte Weg“ („III. Weg“) bei, woraufhin die Vereinsaktivitäten zunächst zum Erliegen kamen. Bei den thüringischen Kommunalwahlen im Jahr 2019 erlangten 2 Personen der Gruppe für den „III. Weg“ jeweils einen Sitz in Erfurter Ortsbeiräten. Im Frühjahr 2020 spaltete sich die Gruppe wieder vom „III. Weg“ ab und gründete den Verein „Neue Stärke Erfurt e.V.“, der dann in die annähernd gleichnamige Partei umgewandelt wurde.

Am 2. Februar berichtete die NSP in den sozialen Medien über den Aufbau einer Abteilung in Niederbayern. Zugleich warb die NSP um weitere Mitglieder mit dem Ziel, ihre bundesweit entstehenden Strukturen zu erweitern.

Am 1. Mai führte die NSP in Erfurt eine Veranstaltung zum sogenannten „Arbeiterkampftag“ durch, an dem etwa 140 Personen teilnahmen, darunter auch einzelne aus Bayern. Als Redner trat auch ein Vertreter der neonazistischen Gruppierung „Kollektiv Zukunft schaffen – Heimat schützen“ (KZSHS, s.u.) auf. Im Vorfeld hatte die Partei eigenen Angaben zufolge in München mit Flugblättern und Aufklebern für die Teilnahme an der Veranstaltung geworben.



Am 8. Mai, dem Tag des Kriegsendes im Jahr 1945, gedachte die NSP unter dem Motto „Wir vergessen Euch nicht! Der 8. Mai ist kein ‚Tag der Befreiung‘!“ an mehreren Orten im Bundesgebiet der von ihr als „Freiheitskämpfe[r]“ bezeichneten Soldaten

des NS-Regimes. In München stellten nach Angaben der NSP Parteimitglieder ein Grablicht an einer Soldatengedenkstätte auf.

Die NSP bezeichnet sich als „deutsch und aktivistisch“ und ist eigenen Angaben zufolge „aus einer Strategie von freien Aktivist*innen heraus geboren“. Sie zeichnet das Bild einer angeblichen Bedrohung durch „Überfremdung“ und durch eine vermeintliche „kommunistische[n] Umerziehung“ der „deutschen Volksseele“ und wähnt „das deutsche Volk und Deutschland in einer sehr heiklen Phase seiner Existenz“. Nach Einschätzung der Partei existieren „konstruktive Organisationen und Parteien“, die ihre „Ansichten teilen“. Allerdings fehle ein „Zusammenhalt der Organisationen“.

Mit ihrem auf der Parteiwebseite veröffentlichten Grundsatzzprogramm propagiert die NSP eindeutig rechtsextremistische und neonazistische Ziele und Narrative, die sich gegen die Menschenwürde sowie das Rechtsstaats- und Demokratieprinzip richten. So fordert die NSP u.a. eine „völkische Gemeinschaft“, die allein „deutschen Volksangehörigen“ Grundrechte zubilligt. Dem entsprechend stellt sie beispielsweise mit ihrer ethnisch-biologistisch ausgerichteten Familienpolitik in einer gegen die Menschenwürde und das Rechtsstaatsprinzip verstoßenden

Weise ausschließlich auf „deutsche Familien“ ab:

„*Die deutschen Familien müssen wieder zusammenwachsen und sich als Teil einer Sippe und Ahnenkette begreifen, hierzu wird den Kindern in den Bildungseinrichtungen das traditionelle Werte- und Familienbild vermittelt. [...] Das Nationalgefühl werden wir durch völkisch-traditionelle Veranstaltungen stärken.*“

Mit ihren Plänen zur Etablierung extralegalen Strukturen zur angeblich notwendigen Aufrechterhaltung beziehungsweise Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung stellt sich die NSP auch deutlich gegen den Rechtsstaat und das staatliche Gewaltmonopol:

„*Wir installieren in jeder deutschen Stadt und Region eine Gemeinschaft der Tat, bestehend aus Jung und Alt. Diese Gemeinschaft macht es sich zur Aufgabe, die eigene Heimat zurückzuerobern und damit korrupter Verwaltung und dem anti-deutschen Zeitgeist ein Ende zu bereiten. Sie setzt sich gegen jede Form von Ausländerkriminalität und gegen alle kommunistischen Umtriebe durch.*“

Bei der NSP liegen daher hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor.

Strategisch scheint die Partei eine Bündelung nationaler Kräfte anzustreben, um „organisationsübergreifend Widerstand [zu] leisten“. Nach eigenen Angaben werde sie „effektiv“ und

„*gern an konstruktiven Parteiveranstaltungen anderer nationaler Parteien teilnehmen, gemeinsame Wahllisten aufstellen und sich keiner zielführenden Kooperation verwehren.*“

In diesem Zusammenhang könnten die frühere Verbindung der NSP zur Partei „III. Weg“ in Thüringen sowie ein an den „III. Weg“ angelehntes Auftreten der NSP von Bedeutung sein.

Der NSP zufolge wirken sich die bundesweiten Expansionsbemühungen der Partei nunmehr auch in Bayern aus. Ob es sich hierbei künftig lediglich um Einzelpersonen oder um ein größeres Personenpotenzial handeln wird und inwiefern es der NSP gelingt, sich neben dem „III. Weg“ beziehungsweise in Konkurrenz zu diesem dauerhaft in Bayern zu etablieren, bleibt abzuwarten.

„Kollektiv Zukunft Schaffen – Heimat Schützen“ (KZSHS) betreibt szeneeinterne Vernetzung

Bei KZSHS handelt es sich um eine dem subkulturellen Rechtsextremismus zuzurechnende Gruppierung aus dem Raum Nordbayern mit ideologischer Nähe zum Neonazismus. Aktivitäten von KZSHS konnten sowohl realweltlich als auch virtuell erstmals im Jahr 2021 festgestellt werden. Realweltlich trat die Gruppierung insbesondere mit der Durchführung von für die subkulturelle rechtsextremistische Szene typischen Freizeitaktivitäten, beispielsweise Wanderungen, in Erscheinung. Zudem war auch die Teilnahme an dezidiert politischen Veranstaltungen, die gemeinsam mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen erfolgte, zu verzeichnen.

So nahmen zunächst am 6. Januar und erneut am 7. Februar Angehörige von KZSHS und des „III. Weg“ gemeinsam an Anti-Corona-Protesten in Bamberg teil. Sie bewegten sich während beider Demonstrationen innerhalb einer Gruppe fort.

In einem Telegram-Beitrag vom 24. April bewarb KZSHS überdies 1. Mai-Veranstaltungen der rechtsextremistischen Parteien „Die Rechte“ in Dortmund, des „III. Weg“ in Zwickau und der NSP in Erfurt. Im Zuge der Unterstützung rechtsextremistischer Parteien bei der Mobilisierung zum sogenannten „Arbeiterkampftag“ erklärte KZSHS ihr Ziel einer partei- und organisationsübergreifenden „Front“.



An der 1. Mai-Veranstaltung der neo-nazistischen NSP in Erfurt mit etwa 140 Personen beteiligte sich auch ein KZSHS-Mitglied mit einem Redebeitrag über eine angebliche „Systemkrise“. Der Sprecher behauptete, ein System von „Kapital und Kommunismus und Kulturbolschewismus“ würde die Völker in die Knie zwingen und an der „Auslöschung aller Kulturen“ arbeiten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken rief der

Aktivist zur Geschlossenheit der Szene und zu weiterem Aktivismus auf:

Und ich reiche jedem Bruder und jeder Schwester des deutschen Volkes meine Hand, die für unsere gemeinsame Zukunft aufsteht. Denn wir werden die Zukunft sein. Denn das bestehende System wird zerbrechen und es muss zerbrechen.

(Fehler aus dem Original übernommen)

Auch auf dem KZSHS-Telegram-Kanal finden sich mehrere Beiträge zum sogenannten „Systemfehler“ und zur „Überwindung“ des „Systems“.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass KZSHS mit dieser Rhetorik auf die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielt und eine an den NS-Führerstaat angelehnte politische Ordnung als favorisierte Alternative propagiert.



Beispielhaft für die neonazistische Agitation von KZSHS steht ein Beitrag vom 20. April: Anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler veröffentlichte die Gruppierung an diesem Tag auf ihrem Telegram-Kanal ein Bild Hitlers sowie ein ihm zuzurechnendes Zitat aus einer Rede im Sportpalast in Berlin vom 10. Februar 1933. Mit diesen und anderen Beiträgen und Werbungen verbreitet KZSHS seine rechtsextremistische Ideologie und trägt zu einer stärkeren Vernetzung der Szene bei.

„Identitäre Bewegung“ (IB) verfolgt neue Tarnstrategie

Die ursprünglich aus Frankreich stammende, europaweit agierende IB ist ein rechtsextremistischer Personenzusammenschluss, der mit seiner sogenannten „Metapolitik“ eine mitunter subtile, auf den gesamtgesellschaftlichen Diskurs abzielende Beeinflussungsstrategie verfolgt. Kennzeichnend für den Aktionismus der IB sind öffentliche Stör- und Transparentaktionen, die sie im Rahmen von Social-Media-Kampagnen inszeniert und verbreitet.

Während im Jahr 2021 ein mutmaßlich auch Corona-bedingt anhaltender Rückgang der Aktivitäten der IB zu beobachten war, konnten im ersten Halbjahr dieses Jahres deutschlandweit wieder vermehrt öffentliche Aktionen mit Bezug zur IB festgestellt werden. Neu ist, dass IB-Angehörige dabei verumumt auftraten. Außerdem wird durch die Verwendung neuer Gruppierungsnamen und den Verzicht auf bereits bekannte Symbole der IB eine offensichtliche Zuordnung von Aktionen zu dieser Gruppierung erschwert.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die beabsichtigte Neuausrichtung der IB, die Mitte 2021 initiiert und erstmals in einem Beitrag unter dem Titel „Wandel. Identitäre Bewegung. Rückblick, Kritik, Ausblick“ öffentlich thematisiert wurde. Demnach soll die hierarchische Struktur der IB perspektivisch zugunsten autonomer Orts- beziehungsweise Regionalgruppen aufgelöst werden. Diese Kleingruppen sollen die IB langfristig flexibler machen und vor staatlichen Maßnahmen, aber auch vor sogenannten „Outing Aktionen“, insbesondere durch den politischen Gegner, schützen.

Jede Ortsgruppe ist daher angehalten, sich umzubenennen und ein neues Logo zu finden. Ziel der IB ist es, keine bekannte IB-Symbolik, wie das gelbe Lambda auf schwarzem Hintergrund, bei realweltlichen Aktionen oder in den sozialen Medien zu verwenden. Stattdessen sollen die Ortsgruppen zukünftig einen lokalen beziehungsweise regionalen Bezug aufweisen und sich über verschiedene soziale Medien miteinander vernetzen.



Martin Sellner, die Führungsfigur der IB im deutschsprachigen Raum, beschäftigte sich u. a. in einem Video mit dem Titel „Widerstand im Wandel – Transformation der IB“ vom 17. Januar

sowie in einem Beitrag der Zeitschrift „Sezession“ vom 21. Februar mit dem Titel „Zurück zur Maske? Zur Lage der IB“ mit dem angestrebten Strategiewandel. Sellner zufolge sei die neue Vorgehensweise zwar „weniger nahbar und volksnah“ und berge die Gefahr, die IB in eine subkulturelle Richtung zu drängen. Die neue Taktik sei jedoch für die Durchführung zukünftiger Aktionen notwendig und werde die Bewegung als Ganze langfristig nicht gefährden.

Am 1. Mai veröffentlichte Sellner zudem ein neues Videoformat namens „Straßenlage – der Aktivismusmonitor“ auf seinem Kanal bei der Videoplattform Odyssee. Im Video wird dazu aufgerufen, vermehrt Aktionen im deutschsprachigen Raum durchzuführen. Diese sollen im Anschluss auf digitalen Aktionsplattformen, wie z.B. der Internetseite „Aktionsmelder“ die der IB zugerechnet wird, veröffentlicht werden. Das neue Videoformat Sellners soll dabei „als Monitor des Widerstands im deutschsprachigen Raum“ dienen und monatlich über aktuelle Aktionen und Strategien der IB informieren.

In Bayern ist das Aktivitätsniveau der IB nach wie vor niedrig. Jedoch konnten auch hier Aktionen der IB festgestellt werden, die dem beschriebenen Strategiewechsel folgen. Die Übernahme der neuen Aktionsstrategie zeigte sich insbesondere am Beispiel der Gruppierung „Isar-Legion“. Am 24. Januar entrollten etwa 20 Aktivisten dieser Gruppierung am Münchener Friedensengel ein Banner mit der Aufschrift „Remigration statt Repression – Sichere Grenzen statt Corona-Tyrannie“ und zündeten Rauchfeuer. Im Anschluss postete die Gruppierung die Aktion auf dem gruppeneigenen Instagram-Account. Zusätzlich wurde das dort eingestellte Bild- und Videomaterial über zahlreiche weitere Internetauftritte mit Bezug zur IB weiterverbreitet, z.B. über die von Sellner beworbene Webseite „Aktionsmelder“. Mit der Forderung nach einer „Remigration“ griff die „Isar-Legion“ im Rahmen der Aktion eine zentrale Argumentationsstrategie der IB auf, die sich durch ein moderates Vokabular von rechtsextremistischen Klischees abzugrenzen versucht. Demnach werden Personen, die den durch die IB propagierten „ethnokulturellen“ Kriterien nicht entsprechen, als „Fremde“ stigmatisiert und – auch bei deutscher Staatsangehörigkeit – ihre Rückführung in ihre „Herkunftsländer“ gefordert, um die „Selbstbestimmtheit der Völker“ wiederzuerlangen. Weitere realweltliche Aktionen der „Isar Legion“ konnten bislang nicht festgestellt werden.



Mit ihrer strategischen Neustrukturierung in regionale und unabhängig agierende Untergruppen versucht die IB, staatlichen Repressionen infolge von Verbots- beziehungsweise Strafverfahren in Deutschland, Frankreich und Österreich zu entgehen und ihren Fortbestand zu sichern. Diese Verschleierungsstrategie liegt auch darin begründet, dass Betreiber sozialer Netzwerke Profile und Kanäle löschen (sogenanntes „Deplatforming“), wenn sich diese, beispielsweise anhand des bekannten Lambda-Logos, der IB zuordnen lassen.

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

POST-CORONA-AGITATION IM PHÄNOMEN- BEREICH VERFASSUNGSSCHUTZRELEVANTE DELEGITIMIERUNG DES STAATES

Auch in Bayern haben sich Personen im Zuge ihrer Ablehnung der staatlichen Corona-Maßnahmen radikalisiert und sich in der Folge mit extremistischen oder sicherheitsgefährdenden Aktivitäten betätigt. Staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wurden zunehmend in einem Duktus der Verhöhnung und Radikalisierung aufgegriffen, insbesondere auch in sozialen Medien und Messenger-Diensten. Dies zeigte sich nicht zuletzt in Form von im Internet geäußerten Morddrohungen und einer generell zunehmenden Gewaltbereitschaft gegen Personen aus Politik, Wissenschaft, Medizin, Behörden und Medien.

Einhergehend mit den Lockerungen der staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen in der ersten Jahreshälfte nahm auch das Corona-Protestgeschehen stark ab. Personen, die in ihrem Aktivismus gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen nachdrücklich verfassungsfeindliche Ziele verfolgt hatten, führten diese im Rahmen einer grundsätzlichen Delegitimierung staatlichen und demokratischen Handelns jedoch in den meisten Fällen fort – oftmals eingebettet in den Glauben an diffuse Verschwörungstheorien.

Zum Ausdruck kommt diese staats- und demokratiefeindliche Grundhaltung u. a. in Widerstandshandlungen gegen den als Diktatur empfundenen Staat. Dementsprechende Bestrebungen, die in demokratiefeindlicher Weise darauf abzielen, die Funktionsfähigkeit des Staates erheblich zu beeinträchtigen, ohne dabei die Wesensmerkmale extremistischer Bestrebungen eines anderen Phänomenbereichs, wie etwa Rechtsextremismus,

aufzuweisen, werden dem Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates zugerechnet. Hierzu zählen auch Bestrebungen, die sich durch eine agitatorische Verächtlichmachung des Staates gegen das Demokratieprinzip richten, die durch ihre Demokratiefeindlichkeit angetrieben zu extremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten aufrufen oder sich unter Verkenennung der Art. 20 Abs. 4 GG zugrundeliegenden Voraussetzungen auf ein vermeintliches Widerstandsrecht berufen und sich dabei gegen das Rechtsstaatsprinzip stellen.

Beim besagten Personenkreis ist unabhängig vom Infektionsgeschehen und vom Bestand der staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen damit zu rechnen, dass sie auch zukünftig verfassungsfeindliche Ziele verfolgen werden. So war bereits des Öfteren eine Instrumentalisierung weiterer Themen, wie der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2021 oder des Russland-Ukraine-Krieges festzustellen. Es ist davon auszugehen, dass in Zukunft weitere Themenfelder besetzt werden.

Zunehmende Gewaltbereitschaft der Szene

Bei Teilen des beobachteten Personenkreises aus dem Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates schlägt mitunter die feststellbare Gewaltorientierung und die von diesen sowohl virtuell als auch realweltlich verbalisierten Drohungen auch in reale Straftaten wie zum Beispiel „Bedrohung“ (§ 241 StGB), „tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ (§ 114 StGB) oder auch vereinzelt in „gefährliche Körperverletzung“ (§ 224 StGB) um.

Insbesondere im digitalen Raum lassen sich verschiedene, auch strafrechtlich relevante Formen von agitatorischer Verächtlichmachung des Staates oder Bedrohungen gegen Repräsentanten in ihrer Eigenschaft als Funktionsträger des Staates ausmachen. So enthalten beispielsweise Kommentare in offen zugänglichen Messenger-Kanälen neben Drohungen auch konkrete Aufforderungen, Personen des politischen und öffentlichen Lebens aufzusuchen und für ihr Verhalten in der Corona-Pandemie zur Rechenschaft zu ziehen.



In einem auf Twitter erschienenen Beitrag hieß es u. a. mit Bezug zu Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach:

Es wird Zeit, dass Köpfe rollen. Und das nicht nur politisch.[...] Willkommen im Irrenhaus. Jeder muss merken, in welchem Dreckstaat wir leben. Diesen Staat zu hassen und seine Institutionen zu säubern ist Bürgerpflicht. Ich hätte das Pack mindestens genauso hart rangenommen.

Überdies kam es zu Aufrufen, gewaltsam gegen Polizeibeamte vorzugehen, die an der Durchsetzung der staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen beteiligt sind oder ihren Dienst bei Veranstaltungen der Corona-Protestszenen ausüben.

In zahlreichen Fällen wurde auch konkret öffentlich dazu aufgerufen, Straftaten zu begehen, so beispielsweise in folgendem Facebook-Kommentar:

Dann geht nicht nur auf die Strasse, geht auch kommunale Politiker privat an, am besten Zuhause. Lasst keine Ruhe und lasst wenn ihr genug seid auch euren Ärger freien lauf. Wenn die Polizei gerufen wird bekämpft sie gemeinsam. Angst, das ist das was die da oben verbreiten, schlägt sie mit ihren Waffen!

(Fehler aus dem Original übernommen)

An anderer Stelle kommentierte ein Nutzer einen Polizeieinsatz im Rahmen einer Demonstration gegen die Corona-Beschränkungen wie folgt:

Da müsste man ab und zu von den Bullen einen erschießen, so merken Sie vielleicht was gespielt wird.

Neben den auch auf Veranstaltungen der Corona-Protestszenen mehrfach dokumentierten Aufrufen zur Gewalt gegen die Polizei kam es auch zu tätlichen Angriffen auf Vollstreckungsbeamte. So konnten vereinzelt Versuche von Demonstranten und Veranstaltungsteilnehmern festgestellt werden, mit körperlicher Gewalt polizeiliche Absperrungen zu durchbrechen oder sich bei Identitätsfeststellungen durch die Polizei auch mit Widerstandshandlungen zur Wehr zu setzen.

Am 10. Januar kam es in Schweinfurt anlässlich eines sogenannten „Spaziergangs“ der Corona-Protestszenen zu Gewalt gegen Polizeibeamte. Dabei wollte die Beschuldigte eine Polizeikette gewaltsam durchbrechen und versuchte u. a. einem Polizeibeamten gegen den Kopf zu schlagen. Während ihrer Festnahme biss sie dem Polizeibeamten schließlich in den Oberschenkel.

Am 4. März verurteilte das Amtsgericht Nürnberg einen Angeklagten wegen tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und 3 Monaten auf Bewährung. Das Urteil ist seit dem 12. März rechtskräftig. Der Verurteilte hatte während einer Polizeikontrolle, die bei ihm nach einer Corona-Protestversammlung am 27. Mai 2021 in Nürnberg erfolgte, dem durchführenden Polizeibeamten aus kürzester Distanz Pfefferspray ins Gesicht gesprüht. Der Beamte wurde dabei am Auge verletzt und musste im Krankenhaus behandelt werden. 3 weitere Beamte erlitten Schädigungen durch das Pfefferspray.

Schnittmenge mit der nicht unter Beobachtung stehenden „Prepper“-Szene

Während sich das Personenpotenzial der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates zunächst aus der Corona-Protestszenen rekrutierte, zeigt sich mittlerweile, dass die Szene zunehmend auch aus weiteren gesellschaftlichen Segmenten Zulauf erhält. Zuletzt handelte es sich dabei insbesondere um Einzelpersonen aus Kreisen, in denen legitime Staatskritik, fehlendes Vertrauen in demokratische Institutionen, der Glaube an Verschwörungstheorien sowie (teilweise auch berechnete) Zukunftsängste aufeinandertreffen. Mit Blick auf dieses Personenfeld besteht auch eine kleine Schnittmenge mit der äußerst heterogenen Szene der sogenannten „Prepper“, die als solche nicht dem Beobachtungsauftrag des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz unterliegen.

Allgemein handelt es sich bei „Preppern“ (abgeleitet von englisch: „to be prepared“ – vorbereitet sein) um Personen, die sich in sehr unterschiedlichem Maße auf ein erhebliches Großschadensereignis beziehungsweise eventuelle Krisenszenarien vorbereiten: Entsprechende Maßnahmen reichen vom Anlegen von Vorräten bis hin zum Bau von Bunkern oder dem Trainieren von Überlebensfähigkeiten im Rahmen spezieller Kurse. Zumindest Teile der Szene scheinen auch den Umgang und den Besitz von Waffen in ihre Planung mit einzubeziehen. Dies ist nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Entwicklungsgeschichten der Szenen zurückzuführen, die sich insbesondere in den USA und in Europa herausgebildet haben. Auch in Deutschland reicht die Bandbreite der Szene von Personen, die penibel den Empfehlungen des Katastrophenschutzes zum Anlegen von Vorräten folgen, bis hin zu Einzelpersonen, die auf die Aushebelung des Gewaltmonopols hinarbeiten.

Unter den „Preppern“ stellen die „Doomer“ eine Sonderform dar. Sie bereiten sich auf einen von ihnen erwarteten kompletten Zusammenbruch der derzeit bekannten menschlichen Zivilisation vor. Als potenzielle Ursachen dieses Zusammenbruches wännen sie z.B. die ökologischen Entwicklungen oder Krisen wie den Krieg in der Ukraine. Für ein solches Krisenszenario würden aus Sicht der „Doomer“ speziellere Formen von Überlebentechniken wie z.B. „Bushcraft“ (Überleben in der Wildnis) benötigt, um auch dauerhaft ohne die Vorteile moderner Zivilisation überleben zu können.

Dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz ist bekannt, dass auch Teile der bayerischen rechtsextremistischen Szene an Untergangsszenarien glauben oder mit einem nahenden Bürgerkrieg rechnen und sich entsprechend darauf vorbereiten. Aufgrund dieser weltbildlichen und strategischen Überschneidungen der „Prepper“-Szene mit Extremisten ist eine Rekrutierungsgefahr durch Extremisten gegeben.

Reichsbürger und Selbstverwalter

„ALTERNATIVE SCHULPROJEKTE“ IN DER REICHSBÜRGERSZENE

Gründung „alternativer Schulen“ in der Reichsbürgerszene



Mit Beginn des laufenden Schuljahrs im September 2021 war vermehrt festzustellen, dass Gegnerinnen und Gegner der staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen versuchen, für ihre Kinder alternative Lernangebote in schulähnlichen Ein-

richtungen zu etablieren, in denen Beschränkungsmaßnahmen, wie Masken- und Testpflicht, nicht umgesetzt werden.

Bereits vor der Pandemie hatten Personen aus der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter damit begonnen, vereinzelt sogenannte „alternative Schulen“ zu gründen, um jenseits staatlicher Vorgaben und offizieller Strukturen ihre Ideologie in die Beschulung von Kindern und Jugendlichen einfließen zu lassen und diese auch an deren Eltern heranzutragen.

Es ist davon auszugehen, dass Szeneangehörige die pandemiebedingten Beschränkungsmaßnahmen an Schulen gezielt nutzen, um Anschluss an jene Teile der Bevölkerung zu erlangen, die der staatlichen Corona-Politik ablehnend gegenüberstehen.

Innerhalb dieses Milieus werden die Beschränkungsmaßnahmen häufig als nicht tolerierbare körperliche Eingriffe in die Freiheit und Gesundheit der Schulpflichtigen wahrgenommen, sodass bei szeneeingetragenen Eltern schulpflichtiger Kinder eine grundsätzliche Offenheit gegenüber alternativen Schulformen besteht. Die bei ihnen vorhandene Abneigung gegen die staatlichen Beschränkungsmaßnahmen kann dabei auch in eine generelle Ablehnung staatlicher Strukturen übergehen.

Reichsbürger und Selbstverwalter zielen darauf ab, über das verbindende Element der staatsablehnenden Haltung auch Personen zu erreichen, die bisher noch nicht in Kontakt mit dem Phänomenbereich Reichsbürger und Selbstverwalter kamen, um diese mit ihrer Ideologie bekannt zu machen.

Über den Betrieb eigener Beschulungsangebote versuchen extremistische Akteure ihre Ideologie zu verbreiten und bereits im frühen Alter Einfluss auf die Schüler und deren Entwicklung zu nehmen.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz prüft genau, ob an der Gründung „alternativer Schulen“ Reichsbürger und Selbstverwalter oder andere extremistische Akteure beteiligt sind beziehungsweise ob entsprechende Aktivitäten unter inhaltlichem Einfluss einer extremistischen Ideologie stehen. In diesem Zusammenhang sind bereits behördliche Schließungen „alternativer“ Schulen in Röllbach (Lkr. Aschaffenburg) sowie in Schechen (Lkr. Rosenheim) erfolgt.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass Reichsbürger und Selbstverwalter ihre Agitation im Themenfeld „alternative Schulen“ auch in Zukunft fortsetzen werden, um die zeitweise geltenden Beschränkungsmaßnahmen an Schulen zu umgehen und die Verbreitung ihrer Ideologie gezielt voranzutreiben.

Reichsbürger betreiben „alternative Schule“ in Erlangen-Eltersdorf

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz wurde Ende 2021 auf einen möglicherweise illegalen Schulbetrieb in Erlangen-Eltersdorf aufmerksam. Auf dem Gelände sollen während der regulären Schulzeit mehrere Kinder „alternativ unterrichtet“ worden sein. Durch Aufklärungsmaßnahmen der zuständigen Kriminalpolizeiinspektion Erlangen wurden mehrere Personen identifiziert, die mutmaßlich an dem Schulprojekt in unterschiedlicher Weise beteiligt waren.

Die Räumlichkeiten der „alternativen Schule“ wurden am 20. Januar von Einsatzkräften der Polizei Erlangen in Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Ordnungsbehörden durchsucht. Im Rahmen der Durchsuchung wurden 15 Kinder im schulpflichtigen Alter sowie 3 Betreuungspersonen angetroffen. Die in den Unterrichtsräumen befindlichen Schultafeln gaben Hinweise darauf, dass unmittelbar vor Durchführung der Exekutivmaßnahme tatsächlich Unterricht stattgefunden hatte. Die Mieterin des Objektes erweckte durch ihr Auftreten und ihr manipulatives Verhalten gegenüber den anwesenden Kindern und vermeintlichen „Betreuerinnen“ den Eindruck, dass die Schule unter ihrer Leitung stand.

Alle anwesenden Personen verweigerten die Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden, insbesondere die Bekanntgabe ihrer Personalien. Auch die Kinder waren offensichtlich derart instruiert, dass sie jegliche Zusammenarbeit mit der Polizei ablehnten. Letztendlich gaben sie zumindest teilweise ihren Vornamen und ihr Alter an, sodass alle erziehungsberechtigten Elternteile telefonisch kontaktiert werden konnten. Auch die eintreffenden Eltern verweigerten zunächst die Herausgabe ihrer Personalien. Erst nach Androhung der Inobhutnahme der Kinder durch das zuständige Jugendamt gaben sie ihre Personalien preis. Alle anwesenden Kinder wurden infolge der behördlichen Maßnahmen von den Eltern abgeholt.

Die Schulaufsichtsbehörde der Regierung von Mittelfranken stellte den illegalen Schulbetrieb auf Grundlage einer Vorabverfügung mit sofortiger Wirkung ein. In Reaktion auf die behördlichen Maßnahmen veröffentlichten die Betreiberinnen der „alternativen Schule“ mehrere Videos in den sozialen Medien, in denen sie die Durchsuchungsmaßnahme als „Geiselnahme mit Geiselhaft“ bezeichnen und dem Staat im Allgemeinen jegliche Legitimation absprechen.

Die öffentlich als Betreiberinnen der „alternativen Schule“ auftretenden Personen in Erlangen waren dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz bereits als Anhängerinnen der Reichsbürger- und Selbstverwalterbewegung bekannt. Insbesondere die Mieterin des Objektes trat bereits 2021 mit mehreren reichsbürgertypischen Schreiben, die sie an Behörden versandt hatte, in Erscheinung. Sie gilt innerhalb der regionalen Reichsbürger-Szene als gut vernetzt. In Übereinstimmung mit den bisher vorliegenden Erkenntnissen verdeutlichen sowohl die gesichteten Videos als auch das Verhalten der Betreiberinnen während der Dursuchungsmaßnahmen, dass diese in ihrer Ideologie sehr gefestigt sind. Die Betreiberinnen der „alternativen Schule“ hängen dabei jedoch keiner konkreten Reichsbürgergruppierung oder spezifischen „Reichs“-Definition (z.B. Deutschland in seinen Grenzen von 1871) an. Ein zentraler Anknüpfungspunkt der Reichsbürgerideologie ist die Ablehnung der heutigen Bundesrepublik Deutschland und ihrer Rechtsordnung.

Die Betreiberinnen der alternativen Schule vertreten die Ansicht, dass die in der Bundesrepublik bestehende staatliche Ordnung ein Unrechtssystem sei, welches die Menschheit existentiell bedrohe. Dies spiegelt sich auch in ihrer Beschreibung der Durchsuchungsmaßnahmen vom 20. Januar sowie in ihren Aussagen zu einem vermeintlich nahenden Systemsturz wider. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Betreiberinnen der alternativen Schule in naher Zukunft von der Ideologie der Reichsbürger und Selbstverwalter distanzieren und ihre Agitation einstellen werden.

Reichsbürgertreffen in einer Schule in Coburg

Am Abend des 5. Februar fand in den Räumlichkeiten einer Schule in Coburg – ohne Wissen der dortigen Schulleitung – eine Vortragsveranstaltung mit einem in Baden-Württemberg eingestuftem Reichsbürger statt. Bei der Veranstaltung waren insgesamt 55 Personen anwesend, die überwiegend dem Phänomenbereich der Reichsbürger und Selbstverwalter zuzurechnen sind.

Der Vortragende plante bereits seit Jahresbeginn im süddeutschen Raum mehrere Vorträge über die vermeintliche Gültigkeit der sogenannten „S.H.A.E.F.-Gesetze“ und die „allgemeine[n] Rechtslage in Deutschland“. Bei S.H.A.E.F. handelt es sich um die Bezeichnung des Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte in Nordwest- und Mitteleuropa während des Zweiten Weltkrieges.



Nachdem die Bundesrepublik Deutschland aus Perspektive der Reichsbürgerszene nicht existiert, bewerten Teile der Szene das Besatzungsrecht als immer noch gültig.

Die besagten Veranstaltungen wurden zuvor über einschlägige Telegram-Kanäle beworben, wobei die Austragungsorte, mutmaßlich um behördliches

Einschreiten zu vermeiden, immer erst kurz vor Veranstaltungsbeginn bekannt gegeben wurden. Der Polizei in Coburg gelang es durch im Vorfeld angelegte Kontrollen, die besagte Schule als Veranstaltungsort zu identifizieren.

Den Zugang zum Schulgebäude hatte ein Angestellter der Schule mit Bezug zur Reichsbürgerbewegung ermöglicht, ohne die Schulleitung einzubinden. Nachdem diese Kenntnis von dem Sachverhalt erhalten hatte, stellte sie gegen sämtliche Teilnehmende der Veranstaltung Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs. Den Einsatzkräften der Polizei gelang es, die Identitäten aller 55 Personen festzustellen, die zum Teil auch aus Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Thüringen und Sachsen angereist waren.

Ziel derartiger Veranstaltungen ist es, die Ideologie der Reichsbürger und Selbstverwalter einem breiteren Publikum nahe zu bringen. Dabei wird häufig auch die Falschinformation verbreitet, dass Deutschland noch immer ein durch die Alliierten des Zweiten Weltkrieges besetzter Staat sei, in dem die sogenannten S.H.A.E.F-Gesetze gelten würden. Der im Rahmen der Veranstaltungen erzeugte Eindruck soll in den sozialen Medien den Anschein erwecken, dass die Reichsbürger-Bewegung „gesellschaftsfähig“ sei. Zugleich soll für künftige Veranstaltungen sowie den Kauf von Merchandise-Artikeln geworben werden. Da diese Veranstaltungen in der Regel kostenpflichtig angeboten werden, spielen bei den Beteiligten unter Umständen auch finanzielle Beweggründe eine Rolle.

Im Berichtszeitraum versuchten Reichsbürger und Selbstverwalter, vermehrt Szenetreffen in Form von Vortragsveranstaltungen abzuhalten. Die Ankündigung und Verbreitung der Veranstaltungstermine erfolgte dabei häufig über den in der Szene beliebten Messenger-Dienst Telegram. Zu den teilweise gut besuchten Veranstaltungen reisten auch Personen aus benachbarten Bundesländern an. Als Austragungsorte werden vorwiegend öffentliche Räumlichkeiten wie beispielsweise Gaststätten angemietet. In Teilen werden aber auch nicht öffentliche Räume genutzt, wie sich zuletzt u. a. bei der Nutzung eines Schulgebäudes in Nordbayern zeigte.

Über die Zusammenarbeit mit den zuständigen Polizeidienststellen versucht das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, Planungen der Szene frühzeitig zu erkennen und auf die Verhinderung derartiger Treffen hinzuwirken, um somit die Verbreitung der Ideologie der Reichsbürgerszene, aber auch die Vernetzung einzelner Akteure innerhalb der Szene zu erschweren. So konnte beispielsweise im Mai 2022 eine von einem bekannten Reichsbürger geplante Vortragsveranstaltung in Bad Tölz verhindert werden. Nachdem die Polizei die Pächterin der als Veranstaltungsort vorgesehenen Gaststätte über den Sachverhalt informiert hatte, entschied sich diese dazu, ihre Räumlichkeiten nicht für die Veranstaltung zur Verfügung zu stellen.

Linksextremismus

EXTREMISTISCHE AKTIVITÄTEN IM KONTEXT DES G7-GIPFELS

Geringe Mobilisierung innerhalb der links-extremistischen Szene

Vom 26. bis 28. Juni fand das Gipfeltreffen der G7-Staaten wie bereits im Jahr 2015 auf Schloss Elmau im Landkreis Garmisch-Partenkirchen statt. Der Tagungsort war Mitte Dezember 2021 bekannt gegeben worden. Infolgedessen stand sowohl für die Organisation des Gipfels als auch zur Vorbereitung von Protestaktionen nur eine kurze Zeitspanne zur Verfügung.

Als zentraler Akteur der Protestplanung koordinierte die Aktionsplattform „Stop G7 Elmau“ die Vernetzung der Proteste. An der Aktionsplattform beteiligten sich neben zahlreichen demokratischen Organisationen auch linksextremistische Akteure, darunter auch gewaltorientierte. Wie anlässlich des G7- Gipfels in 2015 in Elmau bot die linksextremistische „Rote Hilfe e.V.“ (RH) für den Zeitraum der Proteste gegen den Gipfel einen „Ermittlungsausschuss“ an und schulte im Vorfeld potenziell gewaltbereite Protestteilnehmer in ihrem Auftreten gegenüber der Polizei. Aufgabe der Ermittlungsausschüsse ist es, im Fall einer Verhaftung bereits vor Ort den Betroffenen Rechtsbeistand zu leisten mit dem Ziel, jegliche Kooperation mit der Polizei zu verweigern. Auch die Aktionsplattform veröffentlichte auf ihrer Webseite entsprechende Informationen der RH.

Die RH umfasst bundesweit circa 12.100 Mitglieder, davon etwa 900 in Bayern. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die finanzielle und politische Unterstützung linksextremistischer Straftäter, mit deren ideologischer Zielsetzung sie sich identifiziert. Die Beistandsleistung – beispielsweise in Bezug auf anfallende Anwalts- und

Prozesskosten oder Geldstrafen – erfolgt unter der Bedingung, dass sich die betreffenden Personen nicht von der politischen Dimension der ihnen zur Last gelegten Tat distanzieren.

Aktivitäten im Vorfeld des Gipfels

Die Aktionsplattform „Stop G7 Elmau“ organisierte größtenteils die Protestchoreographie, die derjenigen anlässlich des G7-Gipfels in Elmau 2015 ähnlich war.

Im Vorfeld der Proteste führte „Stop G7 Elmau“ vom 6. bis 27. Juni eine bundesweite Mobilisierungstour unter dem Motto „Für das Leben... Statt G7 – 2022“ in 16 deutschen Städten durch.

Die linksextremistische Szene versuchte zudem mit eigenen Aktionen für die Proteste zu mobilisieren: So befestigten Szeneangehörige am Morgen des 6. Juni ein circa 12 x 6 Meter großes Banner mit der Aufschrift: „Klima retten – Imperialismus Bekämpfen – G7 stoppen“ an einem Baukran im Münchener Stadtteil Neuperlach.

Mit einem gleichnamigen Flyer rief die linksextremistische „Perspektive Kommunismus“ (PK) zur Teilnahme an den Protesten gegen den G7-Gipfel auf.



Bei der PK handelt es sich um ein im Jahr 2014 gegründetes bundesweites, kommunistisch-antiimperialistisches Bündnis, dem gewaltorientierte Gruppierungen aus Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg angehören. Die PK zielt darauf ab, sich zu einer „bundesweiten, aktionsorientierten und revolutionären, kommunistischen Organisation“ zu entwickeln. Das Bündnis ruft offen zu Militanz und Gewalt auf.



In Stuttgart wurde in der Nacht auf den 21. Juni auf die Zentrale eines Versicherungsunternehmens ein Farbanschlag verübt. Dabei sprühten die Täter den Schriftzug „Fight G7“ an die Fassade und bewarfen das Gebäude an 2 Stellen mit Farblaschen. Im Nachgang veröffentlichten die Täter ein Bekennerschreiben auf dem linksextremistischen Internetportal „de.indymedia.org“. Das Schreiben endet mit den Worten:

„Den Widerstand auf die Straße tragen! #Fight4Revolution #FightG7“.



Unmittelbar vor Beginn des G7-Gipfels wurden in der Nacht vom 21. auf den 22. Juni in München 8 vor einem Hotel abgestellte Einsatzfahrzeuge der Bundespolizei durch Brandstiftung beschädigt beziehungsweise zerstört. Der hierdurch entstandene Sachschaden liegt im sechsstelligen Bereich. In Presseberichten distanzierte sich ein Vertreter der Aktionsplattform „Stop G7 Elmau“ von der Aktion. Die anarchistische Webseite „Zündlappen“ berichtete am 28. Juni über den Brandanschlag und kritisierte die Aktionsplattform für diese Distanzierung.



Auf „de.indymedia.org“ wurde am Abend des 23. Juni ein Beitrag mit dem Titel „G7 in Bayern – Darf’s ein bisschen Militanz sein?“ veröffentlicht. Darin forderten die Autoren unverhohlen zu Gewalt bei den Protesten gegen den G7-Gipfel auf und stellten den G20-Gipfel 2017 in Hamburg als Vorbild heraus. Der Beitrag endet mit einem Aufruf:

Bringt Eure Ideen am Samstag konstruktiv ein und lasst uns der Weißwurst-Idylle zeigen, dass jeder G7-Gipfel in Zukunft ein Desaster werden wird. Fight G 7 -- Egal wo, egal wann, und egal wieviele Bullen das System anbietet.

(Fehler aus dem Original übernommen)

Überwiegend friedlicher Protestverlauf während des Gipfels

Neben einer zivilgesellschaftlich organisierten Demonstration am 25. Juni in München sowie einer weiteren am Folgetag in Garmisch-Partenkirchen sah die Protestchoreografie auch in diesem Jahr ein Camp in Garmisch-Partenkirchen und einen Sternmarsch zum Abschluss der Proteste vor. Für den Zeitraum vom 26. bis 28. Juni wurden 2 Dauerkundgebungen gegen den G7-Gipfel in Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald angemeldet. Erstmals wurden dabei am 28. Juni etwa 50 Aktivistinnen und Aktivisten von der Polizei in den äußeren Sicherheitsbereich eskortiert, um in Sichtweite von Schloss Elmau zu protestieren.



An der für den 25. Juni von nichtextremistischen zivilgesellschaftlichen Gruppen ohne die Beteiligung der Aktionsplattform „Stop G7 Elmau“ organisierten Großdemonstration in München nahmen statt der erwarteten 20.000 in der Spitze nur 4.000 Personen teil.

Während der Demonstration bildeten circa 300 Personen einen „Antikapitalistischen Block“, der im Demonstrationzug deutlich Präsenz zeigte. Als gegen Ende der Versammlung eine Person verhaftet wurde, kam es auf der Münchner Theresienwiese seitens des „Schwarzen Blocks“ zu Ausschreitungen und Angriffen auf Polizeibeamte. Insgesamt verlief die Demonstration jedoch friedlich. Abschließend bedankte sich der Moderator der Abschlusskundgebung explizit beim „Antikapitalistischen Block“ für die Teilnahme an der Demonstration. Ferner forderte er dazu auf, sich mit den Aktivistinnen und Aktivisten zu solidarisieren und diese gegenüber der Polizei abzuschildern.



Am 26. Juni veranstaltete die Aktionsplattform „Stop G7 Elmau“ ihre Großdemonstration in Garmisch-Partenkirchen mit circa 900 Personen, von denen sich etwa 250 zu einem „Schwarzen Block“ zusammenschlossen. Außerdem bildete sich ein augenscheinlich „kommunistischer“ Block, in dem zahlreiche rote Fahnen einschlägiger linksextremistischer Organisationen und Parteien wie zum Beispiel der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) und deren Jugendorganisation „REBELL“, der

„Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) und der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) gezeigt wurden. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle.



In den frühen Morgenstunden des 28. Juni demonstrierten Angehörige einer international agierenden Klimaschutzbewegung vor der Münchener Niederlassung eines US-amerikanischen Investimentunternehmens. Sie entrollten am Dach des Gebäudes ein Banner, das sich gegen den G7-Gipfel richtete und zündeten einen Rauchkörper. An diesem Punkt schritt die Polizei ein und hielt eine Person kurzzeitig zur Identitätsfeststellung fest. An der Demonstration nahmen auch Angehörige des linksextremistischen Spektrums und eine Sprecherin der Aktionsplattform „Stop G7-Elmau“ teil.

Im Zusammenhang mit Farbbeutelwürfen auf das Gebäude eines Versicherungsunternehmens in München in der Nacht vom 25. auf den 26. Juni wurde auf dem linksextremistischen Internetportal „de.indymedia.org“ ein Selbstbezeichnungsschreiben veröffentlicht. Das Schreiben endet mit den Worten:

„Obwohl die Bullen auch München für das Wochenende zur Festung gemacht haben, wollten wir es uns nicht nehmen lassen, das deutsche Kapital hinter der G7 mitten in München anzugreifen. Fight G7 in jedem Land!“

Beteiligung von Gruppierungen aus dem auslandsbezogenen Extremismus

In Verbindung mit den Protesten gegen den G7-Gipfel konnten auch in Bereichen des Auslandsbezogenen Extremismus Aktivitäten festgestellt werden. Bereits im Vorfeld wurden im Rahmen von Internetrecherchen zahlreiche Mobilisierungsaufrufe gegen

den Gipfel im Bereich des türkischen Linksextremismus festgestellt. Auf den Veranstaltungen waren viele türkisch-linksextremistische Fahnen und Transparente zu sehen: So z. B. von „Yeni Demokrat Gençlik“/„Neue Demokratische Jugend“ (YDG), „Yeni Kadın“/„Neue Frau“ (YK), „Young Struggle“ (YS), „Avrupa Türkiye İsciler Konfederasyonu“ (ATIK) und „Partizan Almanya“.

Einige wenige Fahnen der YPG („Yekineyen Parastina Gel“/„syrisch-kurdische Volksverteidigungseinheiten“) und YPJ („Yekineyen Parastina Jin“/„syrisch-kurdische Frauenverteidigungseinheiten“) sowie Sprechgesänge für Solidarität mit „Rojava“ (de facto autonomes, kurdisch kontrolliertes Gebiet im Nordosten Syriens) deuteten auch auf Teilnehmer aus dem kurdischen Spektrum beziehungsweise der pro-kurdischen linksextremistischen Solidaritätsbewegung hin.



Bereits vor dem Gipfel zeichnete sich ab, dass innerhalb der Unterstützerszene der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) das Interesse am G7-Gipfel eher gering ausfallen würde. So wurde zeitgleich zur G7-Protestdemonstration in München eine PKK-Großdemonstration in Düsseldorf organisiert. Ungeachtet dessen wurden im Protest-Camp in Garmisch-Partenkirchen Vorträge mit Bezug zur PKK und zu kurdischer Solidarität gehalten.

Fazit der Sicherheitsbehörden

Die Protestvorbereitung und -mobilisierung gegen den G7-Gipfel blieb in Intensität und Umfang erkennbar hinter den Gipfelprotesten von 2015 zurück. Die linksextremistische Mobilisierung war im gesamten Bundesgebiet schwach, zudem wurde der Protest von bedeutenden Teilen der bundesweiten gewaltorientierten linksextremistischen Szene nicht mitgetragen. Zu einer Solidarisierung von Linksextremisten und militanten Klimaschützern kam es nicht, in der Folge auch nicht zu Straßenblockaden oder ähnlichen Vorfällen.

In der Gesamtschau blieben die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen vom 25. und 26. Juni deutlich hinter den Erwartungen der Protestorganisatoren zurück. Sowohl die zivilgesellschaftlichen Gruppen als auch das linksextremistische Spektrum konnten die anvisierte Teilnehmerstärke nicht annähernd erreichen. Am geplanten Sternmarsch im Bereich Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald beteiligten sich auf den 4 Routen in Gänze lediglich circa 100 Personen.

Ein Grund für die eher schwache Mobilisierung könnte – neben dem kurzen zeitlichen Vorlauf – in der Organisationsstruktur sowie dem Fehlen einer zentralen Forderung der Gipfelgegner liegen. Auch besteht innerhalb des Spektrums der Gegner des G7-Gipfels u. a. Uneinigkeit, wer die Verantwortung für den Krieg in der Ukraine trägt und wie man sich zu Russland positionieren sollte.

Zudem ist das konsequente Einschreiten der Polizei in Bayern bei Demonstrationen scenebekannt und der Verlauf der Proteste gegen den G7-Gipfel 2015 und die Internationale Automobil-Ausstellung „IAA Mobility 2021“ in München Erinnerungswürdig. Auch dies dürfte ein wesentlicher Faktor für die schwache Beteiligung von Linksextremisten an den Protesten gegen den G7-Gipfel 2022 sein. Die im Vorfeld kommunizierte starke Polizeipräsenz führte im Zusammenspiel mit der späten Mobilisierung zu signifikant weniger Demonstrationsteilnehmern, als von der Szene angenommen.

Trotzdem angereiste gewaltbereite Angehörige der linksextremistischen Szene hatten während des G7-Gipfels aufgrund der Polizeipräsenz kaum Freiräume, um gewalttätige Aktionen durchzuführen. So herrschte zwar auf beiden Demonstrationen innerhalb des „Schwarzen Blocks“ eine aggressive Grundstimmung, die die Aktivistinnen und Aktivisten jedoch nicht in militante Aktionen umsetzen konnten.

Mit gut 400 von genehmigten 750 Personen im Camp wurde auch hier die geplante Belegzahl deutlich unterschritten. Das Protest-Camp in Garmisch-Partenkirchen konnte dabei keine aktivistischen Impulse setzen.

Fazit der Gipfel-Gegner

Die von der Aktionsplattform „Stop G7 Elmau“ veröffentlichte Abschluss-Pressemeldung zieht ein durchaus positives Fazit der Proteste gegen den G7-Gipfel und blickt „auf erfolgreiche Aktionstage zurück“. Es sei gelungen, trotz aller Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, den Protest gegen die Politik der G7-Staaten vor den Augen der Weltöffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen: „Daher werten wir unsere Aktionen, auch aufgrund des breiten Interesses der Medien, als großen Erfolg.“ Ebenso zieht die linksextremistische „Antikapitalistische Linke München“ das Fazit, dass man trotz vieler Schwierigkeiten am 26. Juni in Garmisch-Partenkirchen eine „kämpferische und inhaltsstarke Demonstration“ auf die Straße gebracht habe.

Obwohl die linksextremistische Szene offiziell ein positives Resümee der Gipfel-Proteste zieht, kann dies nicht über die Enttäuschung und Demotivierung der Aktivistinnen und Aktivisten über den tatsächlichen Verlauf hinwegtäuschen. In der näheren Zukunft ist mit einer kritischen Aufarbeitung der Proteste durch die linksextremistische Szene zu rechnen.



Islamismus

NEUE ENTWICKLUNGEN UND TRENDS BEI DER SALAFISTISCHEN UND JIHADISTISCHEN INTERNETNUTZUNG

Der digitale Raum und eine gezielt auf junge Menschen zugeschnittene Online-Propaganda gehören zu den wichtigsten Werkzeugen islamistischer Akteure und Gruppierungen zur Ideologieverbreitung, zur Rekrutierung neuer Anhängerinnen und Anhänger sowie zur Vernetzung der Szene und Finanzierung. Seit Jahren werden hierfür unterschiedliche Propagandaformate erstellt: Hierzu zählen Text-Bild-Collagen mit Koranzitaten, Infografiken zum vermeintlich richtigen Umgang mit islamischen Kleidungsstücken, Audios mit allgemein-religiösen oder auch kämpferischen Sprechgesängen (arabisch: „Nashids“), Videos mit emotionalisierenden Hilfesuchen oder Drohbotschaften sowie professionell gestaltete Online-Magazine mit Tipps zur Begehung terroristischer Anschläge und deren religiösen Rechtfertigungen. Diese werden über zahlreiche Plattformen wie Facebook, YouTube, Twitter, seit 2015 insbesondere über den Instant Messenger-Dienst Telegram sowie zuletzt vermehrt über das unter jungen Menschen beliebte soziale Netzwerk Instagram verbreitet.

Im ersten Halbjahr konnten im Bereich der islamistischen, salafistischen und jihadistischen Internetnutzung neue Entwicklungen und Trends beobachtet werden: Erstens der Bedeutungszugewinn der Kurzvideo-Plattform TikTok, die das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, u.a. aufgrund der dort verbreiteten Propaganda des bundesweit bekannter werdenden salafistischen Predigers Ibrahim El Azzazi, aufmerksam verfolgt. Zweitens der Einsatz von vorgeblich humoristischen Memes aus der Online-Subkultur von Image Boards wie 4chan und ähnlichen Randbereichen durch junge Jihadismus-Sympathisanten aus Bayern. Drittens die Veröffentlichung einer Reihe neuer

Szenepublikationen wie der deutschsprachigen pro-IS-Zeitschrift „Al-Aan“ und dem jihadistischen Online-Magazin „Mujahideen in the West“ (pro-„al-Qaida“).

„TikTok-isierung“ islamistischer Propaganda

Eine vermehrte Einbindung in die Online-Aktivitäten islamistischer und salafistischer Akteure, Gruppierungen und Netzwerke erfährt der unter Angehörigen der sogenannten „Generation Z“ (d.h. den zwischen 1997 und 2012 Geborenen) derzeit sehr beliebte Kurzvideodienst TikTok. Dieses videobasierte soziale Netzwerk hat gerade auch vor dem Hintergrund der weltweiten Corona-Kontaktbeschränkungen und den hierdurch gestiegenen Mediennutzungszeiten einen erheblichen Abonnentenzuwachs erfahren und verzeichnet aktuell monatlich geschätzt 1 Milliarde aktive Userinnen und User¹, darunter mutmaßlich bis zu 20 Millionen Konten in Deutschland². Gerade junge Menschen unter 25 Jahren zeigen sich von den kurzen und zumeist unterhaltsamen Videos begeistert. Schätzungen zufolge sind über 40 % der TikTok-Nutzerinnen und -Nutzer zwischen 16 und 24 Jahre alt. Demnach ist die Kernnutzungsgruppe demografisch weitgehend deckungsgleich mit der Hauptzielgruppe der Rekrutierungsbemühungen islamistischer Akteure. Bereits seit 2020 sind auf TikTok vermehrt Hashtags und deutschsprachige Kurzclips festzustellen, in denen islamistische und

1 Vgl. <https://www.statista.com/statistics/272014/global-social-networks-ranked-by-number-of-users/> – zuletzt aufgerufen am 20.07.2022.

2 Vgl. <https://www.futurebiz.de/artikel/tiktok-statistiken-2019/> (aktualisiert am 15. November 2021) – zuletzt aufgerufen am 21.07.2022.

salafistische Ideologienhalte sowie zum Teil israelbezogene antisemitische Aussagen geschickt in vorgebliche Humor- und Satireclips verpackt werden.

Salafistischer „TikTok-Influencer“

Der 1996 in München geborene, ägyptischstämmige salafistische Prediger Ibrahim El Azzazi hat in den vergangenen beiden Jahren mit bundesweiten Vernetzungsbestrebungen, seiner offensiven Selbstdarstellung im analogen und digitalen Raum und insbesondere aufgrund des hochentwickelten Empfehlungsalgorithmus von TikTok quasi eine Allgegenwart seiner Kurzvideo-Beiträge bei Suchanfragen zu Themen aus dem Bereich des islamischen Glaubens erreicht.

Die salafistische Ideologievermittlung erfolgt in den Videobeiträgen El Azzazis zielgruppengerecht und im verkürzten Frage-Antwort-Schema. Die Kurzvideos mit einer Lauflänge von zumeist nur einigen Sekunden sind so konzipiert, dass sie bei der jungen Zielgruppe zuvorderst Interesse wecken und einen niederschweligen Einstieg in salafistische Denkweisen anbieten. Mit den in den Titeln der Kurzvideos verwendeten Begriffen, Kurzbeschreibungen und Hashtags spricht El Azzazi in erster Linie junge Leute an, die sich auf der Sinnsuche befinden und direkte Antworten auf ihre offenen Fragen zum Koran, zu islamkonformen Verhaltensweisen oder auch zu Alltags- und Beziehungsproblemen erwarten.



Eröffnet werden die aus längeren Videositzungen zugeschnittenen Frage-Antwort-Clips meist mit der Einblendung des Benutzernamens der Fragesteller samt Frage und der von einer dritten Person hinter der Kamera laut vorgetragenen Sprechformulierung „Darf man ...?“ Die kurzen prägnanten Antwort-Statements El Azzazis entsprechen der salafistischen Lehre, werden aber nicht mit salafistischen Quellen oder einer arabischsprachigen Rezitation von Gelehrtenmeinungen unterfüttert. Dieses Vorgehen steht im Kontrast zur gängigen Praxis in der deutschsprachigen salafistischen Szene, in der Quellenverweise und religiöse Formeln häufig als Ausweis religiöser Gelehrsamkeit und somit der Glaubwürdigkeit und Autorität dienen.



El Azzazi umgeht damit das Bild vom strengen salafistischen „Moralprediger“, gibt sich in den Clips vielmehr als nahbar, locker und offen und inszeniert sich mit seinen ironischen Sprüchen und seiner Mimik als den sympathischen „Muslim von nebenan“, der jungen Menschen lediglich religiöses Wissen vermitteln will.

Die zeitliche und inhaltliche Verkürzung der Themen und Erklärungen hat potenziell zur Folge, dass zentrale Glaubensaspekte nur oberflächlich vermittelt, konkurrierende beziehungsweise abweichende Sichtweisen verschwiegen und salafistische Feindbilder transportiert werden. Weil El Azzazi die jungen Nutzerinnen und Nutzer darüber hinaus direkt anspricht und sie in seine Videos einbindet, können diese eine besonders hohe Sympathie gegenüber dem salafistischen „TikTok-Influencer“ entwickeln, wodurch eine unkritische Übernahme von El Azzazis salafistischer Weltsicht gefördert wird. Der auf Künstlicher Intelligenz basierte Empfehlungsalgorithmus von TikTok erfasst das Such- und Klickverhalten zugleich schneller als viele andere Plattformen und setzt bereits Einzelabrufe in weitere, vermeintlich den Interessen der jungen Nutzer entsprechende neue Clipvorschläge um. Diese können hierdurch rasch und automatisiert in eine virtuelle Informationsblase rutschen. Hier treffen extremistische Lesarten und ideologiegeleitete Verzerrungen allgemeiner islamischer Glaubensaspekte nur noch selten auf neutrale und sachliche Gegenstimmen respektive korrektive Erklärungsangebote,

wie z.B. das YouTube-Video „10 Tipps wie du dich nicht verarschen lässt – Dieses Mal von Salafisten“³ des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

Die Frage-Antwort-Clips werden vereinzelt mit „Nashid“-Audios⁴ unterlegt und von den Betreibern von Da’wa-Projekten (deutsch: „Missionierung“) wie „IslamContent5778“ oder der „Deutschsprachigen Muslimischen Gemeinde e.V.“ („DMG Braunschweig e.V.“) über diverse weitere Plattformen, z.B. YouTube und Instagram, in Umlauf gebracht. Eine Vielzahl der u.a. von „IslamContent5778“ hochgeladenen Clips zeigt dabei das Gesicht El Azzazis, wodurch dieser neben Szenegrößen wie Abul Baraa, Abu Rumaisa und Pierre Vogel mittlerweile zu den klick-beziehungsweise reichweitenstärksten deutschsprachigen salafistischen Predigern zählt.

Diese Aktivitäten haben auch eine finanzielle Bedeutung. Durch hohe Klickzahlen und ein salafistisch geprägtes „Influencertum“ können finanzielle Erträge erwirtschaftet und Spendenaufrufe schneller verbreitet werden. Das Geld kann u.a. für den Lebensunterhalt der Akteure, die Beschaffung neuer Kamera- und Videoschnitttechnik, die Finanzierung von bundesweiten Reiseaktivitäten sowie die Anmietung oder den Erwerb von Immobilien eingesetzt werden, die dann wiederum als Treffpunkt in der Realwelt dienen können.



Bereits im Dezember 2021 führte El Azzazi in einem öffentlichen Video-Chat auf TikTok vor zeitweise bis zu 4.000 Nutzerinnen und Nutzern eine Live-Unterhaltung mit Arafat Abou-Chaker, einer Führungsfigur der bundesweit bekannten Abou-Chaker-Großfamilie. Abou-Chaker erklärte, den jungen Prediger El Azzazi u.a. aufgrund dessen TikTok-Kurzvideos zu kennen, und bezeichnete diesen öffentlich als „Bruder“. Im weiteren Verlauf der Live-Unterhaltung rief El Azzazi Abou-Chaker dazu auf, häufiger Online-Videos „zum Thema Islam“ zu machen, um junge Menschen an diesen heranzuführen.

3 Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=eeYZenSkfc> – zuletzt aufgerufen am 05.08.2022.

4 Anmerkung: Allgemein-religiöse oder auch kämpferische Sprechgesänge.

Meme-Kultur im jihadistisch-salafistischen Bereich

Das Nutzungsverhalten und die Trends im digitalen Mediengebrauch wechseln in der Regel schnell. Eine Konstante in der Internetnutzung bilden sogenannte Memes. Diese einfach zu erstellenden, in Messenger-Gruppen oder sozialen Netzwerken schnell und leicht teil- und konsumierbaren Text-Bild-Collagen sind heute ein zentrales Medienformat in der Alltagskommunikation insbesondere junger Menschen und dienen auch der sozialen Unterscheidung, Identitätsfindung und -vermittlung unter Heranwachsenden.

Auch islamistische Einzelakteure und Gruppen nutzen Memes bereits seit vielen Jahren als Informations- und Kommunikationsmittel, um ihr extremistisches Gedankengut subtil und vermeintlich humoristisch u.a. über Facebook, Twitter, Instagram und Telegram in Umlauf zu bringen. Die Text-Bild-Collagen haben dabei das Potenzial, wichtige islamische Glaubensaspekte und zentrale Verhaltensvorgaben, aber auch ideologiegeleitete Botschaften und extremistische Narrative eingängig zu visualisieren und plakativ zu überhöhen.

Inhaltlich werden in islamistischen und salafistischen Memes u.a. Themen aus dem religiösen Lebensalltag, z. B. Ernährung, Körperhygiene, zwischenmenschliche Beziehungen, Sexualität, Kleidung und Freizeitgestaltung aufgegriffen. Überdies werden Fragen zu muslimischer Identität, zur Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft sowie zu Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen thematisiert. Ergänzend finden sich auch Koran- und Gelehrtenzitate, Bittgebete und religiöse Ermahnungen in Meme-Form. Die gewählten Bildmotive, gleich ob Fotos der Kaaba in Mekka, stilisierte Darstellungen des Höllenfeuers oder politisch-religiöse Karikaturen, unterstützen geschickt die jeweilige Textbotschaft. Ergänzend werden in vielen Memes auch popkulturelle Motive und Bezüge verwendet, um so die Attraktivität für die jugendliche Zielgruppe weiter zu erhöhen. Allen Themen und Bildmotiven gemein ist die Tatsache, dass sie nur schwer auf den ersten Blick als islamistische und salafistische Memes zu erkennen sind.

Auch die jihadistische Szene nutzt das einfache Informations- und Kommunikationsformat des Memes, um ihre gewaltorientierte Ideologie zu propagieren und sowohl Jugendliche als auch Erwachsene für den bewaffneten Kampf im Ausland zu werben oder zu Terroranschlägen in ihren jeweiligen Heimatstaaten zu

mobilisieren. Schon in der Vergangenheit griffen Unterstützerinnen und Unterstützer internationaler jihadistischer Terrororganisationen wie des „Islamischen Staates“ (IS) und „al-Qaidas“ dabei auf Jugendsprache, Rap-, Film- und Gaming-Bezüge zurück. Ein Beispiel ist die Umdeutung des Titels der weltweit beliebten Videospiel-Reihe „Call of Duty“ (deutsch.: „Ruf der Pflicht“) hin zu „Call of Jihad“ (deutsch: „Ruf des Jihad“) und dessen anhaltende Verwendung in Propagandaplakaten.

Ein neues Phänomen stellt derzeit, u. a. auch in Bayern, die Herstellung und der Konsum von Memes in der Online-Subkultur der Image Boards wie 4chan insbesondere durch jüngere Menschen im jihadistisch-salafistischen Milieu dar. Die Memes werden von jungen Nutzern teils eigenhändig erstellt und untereinander über soziale Netzwerke, Instant Messenger-Dienste und Chat-Plattformen wie Instagram, Reddit, Twitter, WhatsApp, Telegram und Discord geteilt beziehungsweise bezogen.



In diesen vorgeblich humoristischen Memes werden andersdenkende und liberale Musliminnen und Muslime, aber auch kurdische, jüdische und christliche Menschen sowie die westliche Gesellschaft im Allgemeinen verhöhnt und abgewertet. Feministinnen und Feministen werden verächtlich gemacht und Angehörige der LGBTQIA+-Community als „degeneriert“ und Beleg für den für unabweichlich erklärten und von Teilen der Szene gar aktiv herbeigesehnten „Untergang“ der angeblich moralisch verkommenen, von Gott und Glaube abgekehrten Welt, gesehen.

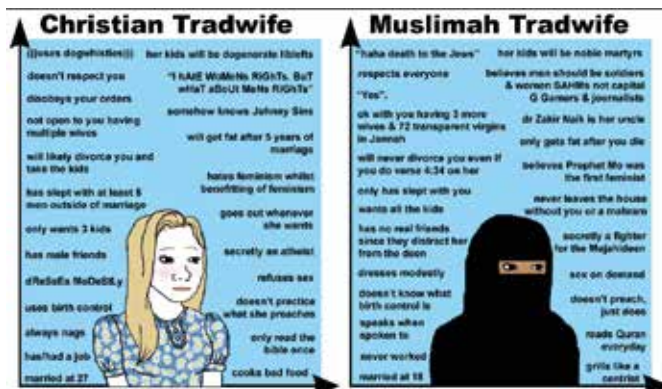


Neben der ebenso in rechtsextremistischen Online-Kreisen einschlägigen Meme-Figur des Froschs „Pepe“, der seinen Ursprung in der Internet-Subkultur der Image Boards hat und von jungen Menschen aus der jihadistisch-salafistischen Szene zum „Troll-Pepe“ oder gar „Jihad-Pepe“ umgedeutet wird, gehört zu den meist

beobachteten Meme-Vorlagen in der Szene der sogenannte „Arab Chad“. Bei diesem handelt es sich um eine stereotypisch „arabisierte“ Version der Meme-Figur des blonden und blauäugigen „Yes Chad“ alias „Nordic Gamer“ (deutsch: „nordischer Videospieler“). Die Meme-Figur des „Arab Chad“ repräsentiert in zahlreichen Interpretationen der Szene eine gottgefällige und korankonforme Lebensführung, traditionelle Männlichkeit und vermeintliche Höherwertigkeit gegenüber Andersgläubigen sowie westlich-linksliberalen Menschen.



Vereinzelt wird der „Arab Chad“ gemeinsam mit einer oder mehreren Niqab-tragenden Frauenfiguren, einer streng muslimischen Version des „Tradwife“-Memes (deutsch: „traditionelle Ehefrau“) dargestellt. Das u.a. auch im Rechtsextremismus aufgegriffene „TradWife“-Meme propagiert Unterwürfigkeit, jederzeitige Verfügbarkeit und eine traditionelle bis ultrakonservative Familien- und Werteorientierung als Rollenideal und „Heilsweg“ für Frauen. Im Falle des „Arab Chad“ soll die weibliche Begleitung die körperliche Anziehungskraft der strenggläubigen Lebensführung des Protagonisten und seine Rolle als „Beschützer“ des weiblichen Geschlechts darstellen. Dies propagiert eine polygame Familienführung sowie eine hierarchische Geschlechterordnung zwischen Frauen und Männern.

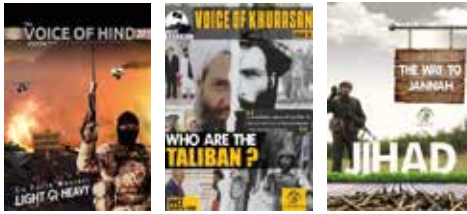


Der Einsatz von Memes zur islamistischen, salafistischen und jihadistischen Ideologieverbreitung fügt sich in den bekannten Ansatz einer zielgruppengerechten Ansprache „suchender“ und wenig gefestigter junger Menschen ein. Neu ist allerdings der vermehrte Bezug auf vorgeblich humoristische Meme-Vorlagen aus den diversen Internet-Subkulturen wie 4chan, der bisher vornehmlich in rechtsextremistischen Online-Kreisen zu beobachten war. Es bleibt abzuwarten, ob es sich hierbei lediglich um Sonderfälle oder um ein Verschwimmen der ideologischen und propagandastrategischen Grenzen zwischen rechtsextremistischen und islamistischen beziehungsweise jihadistisch-salafistischen Teilbereichen handelt. Eine gezielte Aufforderung zur Verwendung von beziehungsweise zum Verzicht auf bestimmte Meme-Figuren oder gar die Bereitstellung eigener Meme-Vorlagen durch jihadistische Gruppierungen wie den IS und „al-Qaida“ ist bislang nicht festzustellen.

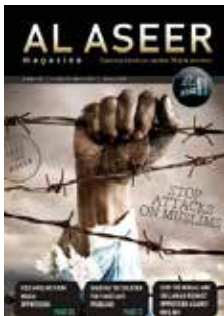
Renaissance des Online-Magazins als Propagandamedium

Jihadistische Online-Magazine enthalten mehr als nur religiöse Rhetorik und Anschlagsstrategien. Sie liefern ideologische Rechtfertigungen und kultivieren Gewalt, indem sie einen militarisierten Stil konstruieren, der den Außenseiterstatus feiert und das Bild vom islamistischen „Gotteskrieger“ (arabisch: „mujahid“) zeichnet, der hart und jederzeit bereit ist, brutale Gewalt auszuüben. Der in den Textbeiträgen und Bildmotiven der Magazine skizzierte Lebensstil suggeriert dabei die Aussicht auf heroische Männlichkeit, Zugehörigkeitsgefühl, Abenteuer, Selbstbewusstsein und bevorstehendem Ruhm. Daneben werden in den professionell aufbereiteten Online-Magazinen aber auch Themen behandelt, die eine Brücke zum muslimischen Lebensalltag sowie zu den Sorgen und Problemen von Menschen unterschiedlicher Herkunft schlagen, und als solche ebenso in nicht-extremistischen Bereichen diskutiert werden sollen.

Die letzte Ausgabe des offiziellen IS-Magazins „From Dabiq to Rome“, selbst Nachfolger der bereits zuvor eingestellten Magazine „Dabiq“ und „Rumiyah“, erschien im August 2019. „Inspire“ und „Inspire Guide“, die Hauptpublikationen des IS-Konkurrenten „al-Qaida“, werden nur noch in sehr langen und unregelmäßigen Abständen veröffentlicht. In den pro-IS- und pro-„al-Qaida“-Unterstützerszenen erfährt das jihadistische Online-Magazin als Propagandaformat jedoch heute eine Renaissance.



Bereits 2020 und 2021 konnte das Aufkommen einer Serie neuer jihadistischer Online-Magazine wie z.B. „The Voice of Hind“ (pro-IS, englisch) und „Wolves of Manhattan“ (pro-„al-Qaida“, arabisch und englisch) festgestellt werden. Für das erste Halbjahr 2022 ist die Veröffentlichung einer Vielzahl hochwertig produzierter Online-Magazine mit Ideologietexten, Drohbildern und Bombenbauanleitungen zu verzeichnen. Hierzu zählen Erstveröffentlichungen von „Mujahideen in the West“ (pro-„al-Qaida“, englisch), „Manhaj“ (pro-„al-Qaida“, französisch und englisch), „Voice of Khurasan“ (IS Provinz Khorasan/Afghanistan, englisch), des deutschsprachigen „Al-Aan“ (pro-IS) sowie Folgeausgaben von „Al Aseer“ (pro-IS, englisch), „One Ummah“ (pro-„al-Qaida“, arabisch) und weitere jihadistisch-salafistische Zeitschriften im afrikanischen, süd- und südostasiatischen Raum. In den Online-Magazinen finden sich aktuell vermehrt auch wieder Aufrufe zu Terroranschlägen in Europa.



Ende Oktober 2021 veröffentlichte „Al-Aseer Media“ die Erstausgabe des englischsprachigen Online-Magazins „Al Aseer“ (deutsch: „Der Gefangene“). Als Autor zeichnet federführend der auch in Bayern von der salafistischen Szene rezipierte britische salafistische Prediger Anjem Choudary mitverantwortlich. In den Texten von „Al Aseer“ wird das Bild eines global und besonders in Europa geführten „Krieges“ gegen die muslimische Gemeinschaft gezeichnet. Ziel

des Magazins ist es laut den Herausgebern, die von „korrupten Regimen“ mit Hilfe der „Medien“ auf der Grundlage „unrechtmäßiger Gesetze“ in „Gefangenschaft“ gebrachten Glaubensgeschwister „im Westen“ und in den syrischen Flüchtlingslagern zu befreien. Hierfür müsse man die breite Öffentlichkeit „für die Notlage muslimischer Gefangener sensibilisieren“, über das Internet realweltliche Demonstrationen organisieren sowie Geldspenden für inhaftierte Salafisten und pro-IS-Jihadisten und

deren Familien sammeln. Die Erstausgabe von „Al Aseer“ wurde über den Blog von „Al-Aseer Media“ veröffentlicht und durch IS-nahe Telegram-Kanäle weiterverbreitet. Das Online-Magazin zählt bis heute 3 Vollaussagen, von denen die jüngste im Januar erschien.

Nachdem die Betreiber des Telegram-Kanals „Al-Manhaj News | DE“ im März erstmalig angekündigt hatten, zeitnah ein eigenes „Nachrichten-Magazin“ herausgeben zu wollen, wurde die Erstausgabe von „Al-Aan“ (deutsch: „Jetzt“) am 13. April über den in der jihadistischen Szene einschlägigen Instant Messenger-Dienst veröffentlicht. „Al-Aan“ ist das erste deutschsprachige jihadistisch-salafistische Online-Magazin seit dem im Jahr 2017 zuletzt erschienenen und von einem bayerischen

Jihad-Ausgereisten herausgegebenen „Kybernetiq“ (pro-„al-Qaida“). Das Heft-Layout von „Al-Aan“ ist stark an den offiziellen und wöchentlich erscheinenden IS-Newsletter „Al-Naba“ (deutsch: „Neuigkeit“) angelehnt. Wie bei „Al-Naba“ findet sich auch bei „Al-Aan“ auf der letzten Seite eine Infografik, die von Sympathisantinnen und Sympathisanten schnell und einfach in sozialen Netzwerken, Messenger-Gruppen und selbst betriebenen Telegram-Kanälen geteilt werden kann. Die in der Erstausgabe enthaltenen Texte sind zum Teil direkt früheren IS-Publikationen entnommen und lediglich in deutscher Übersetzung abgedruckt. Offene Gewaltaufrufe sind jedoch im Heft nicht zu beobachten.

Die Erstausgabe von „Al-Aan“ wurde über den bereits kurz darauf gesperrten Telegram-Kanal „Al-Manhaj News | DE“ zum kostenlosen Download bereitgestellt. Über diesen Kanal hatten die Betreiber noch am 18. April angekündigt, in der nächsten Ausgabe über die nur kurz zuvor veröffentlichte Audiobotschaft des neuen IS-Sprechers berichten zu wollen. Gleichzeitig teilten sie bereits eine Kurzzusammenfassung des Inhalts der arabischen Rede in deutscher Sprache.

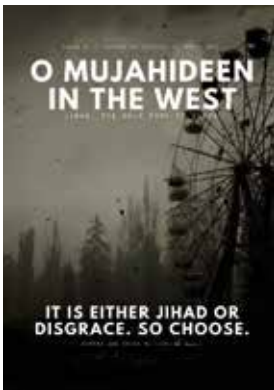
Die circa 30-minütige Audiobotschaft mit dem Titel „Bekämpft sie, dann straft Gott sie durch eure Hände“ wurde am 17. April über die offizielle IS-Medienstelle „Al-Furqan Media“ veröffentlicht. Darin ruft der neue IS-Sprecher Abu Umar Al-Muhajir die





IS-Anhängerschaft dazu auf, die Zeit des Russland-Ukraine-Krieges für terroristische Aktionen in Europa zu nutzen. Diese sollen u. a. nach dem Vorbild der jüngsten Anschlagsserie in Israel erfolgen und der Vergeltung des im Februar durch US-Kräfte liquidierten IS-Kalifen Abu Ibrahim Al-Hashimi Al-Qurashi und des hierbei ebenfalls getöteten früheren IS-Sprechers Abu Hamza Al-Qurashi dienen.

Der offizielle Aufruf der Terrororganisation und der in diesem Kontext propagierte Kampagnentitel „Rachefeldzug für die zwei Sheikhs“ war ab April in zahlreichen Drohbotschaften der internationalen pro-IS-Online-Szene zitiert und bildlich-motivisch umgesetzt worden.



Bereits am 10. Februar erfolgte die Veröffentlichung der englischsprachigen Erstausgabe von „Mujahideen in the West“ durch die jihadistische Online-Gruppierung „Hurras al-Tawheed“ (HAT). Nur 2 Monate später verzeichnete das Online-Magazin bereits 6 Volla Ausgaben und ein Sonderheft anlässlich des Beginns des Fastenmonats Ramadan. Neben kurzen theologischen Ausführungen zur „Hijra“ (deutsch: „Auswanderung“) und dem bewaffneten Jihad als vorgebliche Pflicht eines jeden

Muslims, bieten die bisherigen Ausgaben des Magazins im inhaltlichen Schwerpunkt Anleitungen zum Bau von Unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) und zur Durchführung von Anschlägen. Zu diesen wird dabei insbesondere die Leserschaft in Europa und in den USA aufgefordert. Verbreitet werden die Ausgaben des Online-Magazins über die stark verschlüsselten Kommunikationsplattformen RocketChat, den Twitter-Klon ChirpWire sowie von Jihad-Sympathisanten betriebene Webseiten und den szeneeinschlägigen Instant Messenger-Dienst Telegram.



Die Macher hinter dem Magazin betonen, dass man sich selbst dem Terrornetzwerk „al-Qaida“ zuordne, den IS und seine Unterstützerszene jedoch nicht ablehne. Die 2 großen Terrororganisationen hätten in der Vergangenheit „ihre Schwerter gegeneinander gerichtet“ und sich hierdurch gegenseitig und selbst geschadet. In beiden Lagern, so ist u.a. einem Beitrag in Ausgabe 4 von „Mujahideen in

the West“ zu entnehmen, existiere heute eine Minderheit, die diesen theologischen und strategischen Disput hinter sich lassen wolle, um stattdessen zusammen unter der „Fahne des Tauhids“ zu kämpfen. Abseits davon bedient sich „Mujahideen in the West“ etlicher etablierter jihadistischer Narrative. Auch die Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoff aus sauerstoffhaltigen Solidox-Pellets, Napalm und Rauchbomben weisen deutliche Parallelen zu hinlänglich bekannten Online-Magazinen auf, darunter dem im April in dritter Ausgabe erschienenen „Wolves of Manhattan“ (pro-„al-Qaida“) und dem 2021, nach fast vierjähriger Publikationspause erstmalig wieder herausgegebenen „Inspire Guide“ („al-Qaida“).

Im direkten Vergleich zu den beiden genannten Online-Magazinen präsentiert sich „Mujahideen in the West“ mit einem anfänglichen Heftumfang von durchschnittlich 8 bis 10 Seiten deutlich minimalistischer. Laut den Machern des Magazins handelt es sich hierbei um eine bewusste Entscheidung, denn man wolle sich durch den kurzen Heftumfang besser an die modernen Rezeptionsgewohnheiten der mit Online-Plattformen wie dem Kurzvideodienst TikTok sozialisierten Jugend anpassen. „Mujahideen in the West“ ist ein weiteres Beispiel für die globale Entwicklung und den Trend innerhalb des Islamismus hin zur Vermittlung von Ideologien in verkürzten, durch Bildmotive transportierten und somit schneller und jederzeit konsumierbaren Informationseinheiten. Zugleich erinnert der Aufruf von „Hurras al-Tawheed“ an die Gefahr einer organisatorischen Annäherung von „al-Qaida“- und IS-Unterstützern.

Wie bereits „Wolves of Manhattan“ sticht auch „Mujahideen in the West“ deutlich aus den eher allgemein gehaltenen „al-Qaida“- und „al-Qaida“-nahen Online-Publikationen der letzten Jahre heraus. Die beiden Magazine zeigen, dass das Terrornetzwerk und seine Unterstützerszene in der Lage sind, ihre

jiha-distischen Botschaften und Anschlagsaufrufe weiterhin an das junge Zielpublikum heranzutragen. Die Veröffentlichungen unterstreichen begleitend die generellen Bestrebungen jiha-distischer Akteure, Einzelpersonen oder eigenständig operierende Kleinstgruppen für „Lone Wolf“-Terroranschläge in den westlichen sogenannten „Kreuzzüglerstaaten“ zu rekrutieren. Obwohl es sich bei den beiden Online-Magazinen nicht um offizielle Publikationen „al-Qaidas“ handelt, sondern um Produkte der jiha-distischen Online-Szene, sind die vermittelten Inhalte der „al-Qaida“-Ideologie entsprechend und dienlich. Dabei handelt es sich um sowohl sprachlich als auch grafisch aufbereitete detaillierte Einweisungen in Einzeltäteroperationen, Ratschläge zur Auswahl geeigneter Anschlagsziele, zur Herstellung von USBV sowie Tipps zur operativen Sicherheit im Internet, d. h. der Verschleierung und Verschlüsselung von Kommunikationsdaten und Onlinespuren im Vorfeld der Tatbegehung. Als in Form, Design und Inhalt hochwertige Publikationen sind sowohl „Mujahideen in the West“ als auch „Wolves of Manhattan“ grundsätzlich geeignet, auch auf in Bayern lebende „al-Qaida“-Unterstützer, anschlagsgeneigte Einzeltäter sowie vulnerable Personen(gruppen) motivierend beziehungsweise mobilisierend einzuwirken.

Fazit

In der Gesamtschau setzt sich der seit 2020 beobachtete Trend hin zu einer neuerlichen Verschärfung der Rhetorik in Online-Propagandaveröffentlichungen, der quantitativen Zunahme von inoffiziellen Medienstellen und Aufrufen zur Begehung terroristischer Anschläge „im Westen“ weiterhin fort. Insbesondere die Online-Propaganda von „al-Qaida“-nahen Gruppierungen und der „al-Qaida“-Unterstützerszene hat zuletzt eine neue Qualität erreicht und spricht verstärkt wieder ein auch in Europa lebendes Publikum an. Gleichsam werden von einem bis dato noch kleinen Teil der internetaffinen jungen islamistischen Szene neue respektive erweiterte Feindbilder hervorgehoben.

Diesen digitalen Trends und Entwicklungen trägt auch die Präventionsstelle Islamismus des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz Rechnung. Für die Sensibilisierung mittelbar betroffener Zielgruppen in Schulen, Einrichtungen in der Jugendarbeit, Jugendämtern, anderen Behörden sowie in Krankenhäusern und psychiatrischen Kliniken wurde das Portfolio der Präventionsstelle u.a. um die Themen „Islamismus 2.0“ und „Radikalisierung im Internet und Onlinepropaganda 2.0“ erweitert und wird auch weiterhin laufend ergänzt.

Scientology-Organisation (SO)

NEUE VERBREITUNGSKAMPAGNEN DER SCIENTOLOGY-TARNORGANISATION „DER WEG ZUM GLÜCKLICHSEIN“

Tarnorganisation verteilt speziell auf Kinder zugeschnittene Broschüre



Die Scientology-Tarnorganisation „Der Weg zum Glücklichsein“ (englisch: „The Way to Happiness Foundation“) hat damit begonnen, eine speziell auf Kinder zugeschnittene Broschüre mit dem Titel „Wie man gute Entscheidungen trifft“ zu verteilen. Dabei tritt die Organisation u.a. unter dem Namen „Eltern-Werteinitiative“ auf, die sich als „Gruppe engagierter Eltern aus Deutschland“ bezeichnet und die Broschüre per Post versendet.

Das Heft lehnt sich an die seit den 1980er Jahren verbreitete Broschüre für Erwachsene mit dem Titel „Der Weg zum Glücklichsein“ an. Die in dieser Broschüre enthaltenen 21 Regeln werden in der neuen Broschüre kindgerecht aufbereitet. Eine Altersempfehlung fehlt.

Die Scientology-Organisation (SO) betrachtet Kinder als Erwachsene in kleinen Körpern. So heißt es beispielsweise in der Scientology-Publikation „Kinder-Dianetik – Dianetik-Prozessing für Kinder“:

„*Ein Kind ist ein Mann oder eine Frau, der oder die noch nicht zu voller Größe herangewachsen ist. Jedes Gesetz, das für das Verhalten von Männern und Frauen gilt, gilt auch für Kinder.*“

Vor diesem Hintergrund ist die SO bestrebt, durch verschiedene Projekte Einfluss auf die Entwicklung von Kindern zu nehmen. Sie setzt dabei bewusst auf Tarnorganisationen, um auch Personen (z. B. Eltern, Lehrkräfte etc.) erreichen zu können, die ihr zunächst ablehnend gegenüberstehen.

Inhaltlich behandelt die genannte Broschüre unter anderem Themen, die insbesondere für kleinere Kinder nicht geeignet sind. Dazu gehört der Konsum von Drogen, die Unterstützung von Regierungen oder Erläuterungen zum Unterschied zwischen „Morden“ und „Töten“. Auch unter der Überschrift „Halte dich an die Wahrheit“ finden sich Textteile, die als nicht kindgerecht bezeichnet werden können:

Nicht alles, was du hörst oder liest, ist wahr. Manchmal sagt oder schreibt jemand etwas, das nicht wahr ist, und versucht dir einzureden, dass er die Wahrheit sagt. Manchmal ist es schwierig herauszufinden, was wahr ist und was falsch ist. Eines aber ist ganz sicher: Es ist nur das wahr, was für dich wahr ist.

Niemand kann dich dazu zwingen, etwas zu glauben, was du nicht glauben willst, oder etwas zur Wahrheit machen, was du nicht glaubst. Denke selbst nach und entscheide dann, was du für die Wahrheit hältst. Wenn etwas für dich nicht wahr ist, dann ist es nicht wahr. [...] Der Weg zum Glückhsein ist ein Weg der Wahrheit.

Die scientologische Interpretation des Wahrheitsbegriffs ist ein wichtiger Baustein ihrer ideologischen Indoktrination. Ein durch scientologische Verfahren manipulierter Mensch sieht nur das als wahr an, was die Organisation vorgibt.



Auf der Rückseite des Heftes wird betont, dass die Verbreitung der Broschüre „durch Behörden und deren Beschäftigte“ zulässig sei, da dies weder eine Verbindung zu einer religiösen Vereinigung noch die Förderung einer solchen impliziere. Der Inhalt sei „religiös-weltanschaulich neutral“ und ziele auf die Förderung des Gemeinwohls ab.

Diese Formulierung soll die Verbindung zur SO, die sich selbst als religiöse beziehungsweise weltanschauliche Vereinigung versteht, verschleiern und animiert Adressaten in Behörden zur Weitergabe der Broschüre an Kinder- und Jugendeinrichtungen.



Auch wenn von der Lektüre der Broschüre noch keine direkte Gefahr für Kinder ausgeht, stellt die Nähe zur SO beziehungsweise die Anwendung scientologischer Verfahren an Kindern und Jugendlichen eine grundsätzliche Gefährdung des Kindeswohls und der gesunden geistigen Entwicklung von Heranwachsenden dar. Die Gleichsetzung von Kindern mit Erwachsenen kann zu einer körperlichen wie geistigen Überforderung von Kindern führen. Zudem sind Störungen im Sozialverhalten sowie Beeinträchtigungen bei

der Entwicklung einer eigenen Identität und Urteilsfähigkeit möglich. Dies gilt insbesondere für die oben dargestellte Aufforderung, nur das als Wahrheit zu akzeptieren, was nach eigener Auffassung „wahr“ ist.

„Der Weg zum Glücklichsein“ ist auch der Urheber des Kinderpodcast „Tierische Abenteuer von Amanda's Bauernhof“. In diesem Podcast wird ebenfalls versucht, Kindern spielerisch ideologische SO-Grundsätze zu vermitteln.



In kleinen Episoden erklärt der Podcast die Regeln der Broschüre „Wie man gute Entscheidungen trifft“, u.a. mit Tiergeschichten zu Themen wie Lügen, Drogenkonsum und Diebstahl.

Vermehrte Versuche der Kontaktabbauung zu Justizvollzugsanstalten

Neben der direkten Ansprache von Kindern versucht die SO-Tarnorganisation derzeit erneut in mehreren Bundesländern, u. a. in Bayern, direkten Kontakt zu Justizvollzugsanstalten herzustellen. Sie bietet den Justizvollzugsanstalten ihre Erwachsenenbroschüre „Der Weg zum Glücklichein“ als Lektüre für die Insassen an. Auf diese Weise möchte die Organisation eigenen Angaben zufolge „Straffälligen“ helfen, „wieder auf den richtigen Weg zurückzufinden“. Tatsächliches Ziel der Aktion ist es, Personen in schwierigen Lebenslagen wie z.B. Strafgefangene an die Ideologie der SO heranzuführen.

„Der Weg zum Glücklichein“ betreibt seit Mitte 2016 in Bayern verstärkt Öffentlichkeitsarbeit und gehört zu den sogenannten Verbreitungskampagnen der SO. Durch diese Kampagnen soll die SO-Ideologie in die Gesellschaft hineingetragen, Menschen an die Organisation herangeführt und damit letztlich zur Expansion derselbigen beigetragen werden.

Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz, Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ)

SPIONAGE UND CYBEROPERATIONEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM ANGRIFFSKRIEG RUSSLANDS AUF DIE UKRAINE

Erhöhtes Risiko für Wirtschaftsspionage

Die Bundesrepublik Deutschland ist permanentes Ziel ausländischer Nachrichtendienste. Diese arbeiten hierbei regelmäßig getarnt. Ausgangspunkt für ihre Spionageaktivitäten sind häufig auch sogenannte „Legalresidenturen“, die in den offiziellen Vertretungen ausländischer Staaten (z.B. Botschaft oder Generalkonsulat) untergebracht sind.

Besonders im Fokus der nachrichtendienstlichen Aktivitäten stehen Zielpersonen aus Parteien, politischen Institutionen, Behörden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Die meist arglosen Personen werden oftmals durch geschickte Gesprächsführung in Ausspähungsaktivitäten verwickelt. Nicht selten können getarnte Nachrichtendienstangehörige bereits auf diesem Weg sensible Informationen gewinnen. Ausländische Nachrichtendienste bedienen sich dabei auch weiterhin Methoden der klassischen Spionage.

Am 13. April verurteilte der 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München einen russischen Staatsangehörigen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung. Der wissenschaftliche Mitarbeiter hatte Informationen zu Forschungsprojekten aus dem Bereich der Luft- und Raumfahrttechnologie für einen russischen Auslandsnachrichtendienst beschafft.

Im Rahmen der Prävention steht die Spionageabwehr des Bundes und der Länder in ständigem Austausch mit einschlägigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. In unregelmäßigen Abständen finden sowohl anlassbezogen als auch präventiv Sensibilisierungsgespräche statt, u. a. zu den Themengebieten Spionage, Reiseverhalten in kritische Staaten oder den Umgang mit Gastwissenschaftlern an den Universitäten.

Hinweise auf Umgehung der Russland-Sanktionen (Proliferation)

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich international verpflichtet, gegen Proliferation vorzugehen. Hierunter versteht man die unerlaubte Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen, der zu deren Herstellung benötigten Produkte sowie der entsprechenden Waffenträgersysteme einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows. Eine Ausfuhr von Waffen oder militärisch verwendbaren Komponenten muss daher in jedem Einzelfall vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrollen genehmigt werden. Trotz aller bisherigen internationalen Anstrengungen zur Bekämpfung der Proliferation kommt es immer wieder zu Verstößen gegen das Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetz.

Auch russische Nachrichtendienste sind in die Beschaffung sogenannter Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-Use-Güter), die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können, involviert. Im Fokus der Beschaffungsbestrebungen stehen dabei Güter aus Deutschland und anderen westlichen Staaten zur Herstellung strategischer Waffensysteme, wie Kernwaffen oder Interkontinentalraketen. Seit Juli 2014 sind als Reaktion auf die Invasion der Krim sowohl der Verkauf als auch die Ausfuhr

derartiger Güter in die Russische Föderation verboten, wenn die betreffenden Güter ganz oder teilweise für militärische Zwecke oder für einen militärischen Endnutzer bestimmt sind oder bestimmt sein können.

Organisiert werden die russischen Beschaffungsbestrebungen mittels weltweit agierender Schein- und Tarnfirmen. Getarnt als „zivile“ Businessunternehmen versuchen derartige Beschaffungsnetzwerke täglich neue Kontakte zu knüpfen und Lieferketten aufzubauen, um den tatsächlichen Verwendungszweck sensibler Technologien aus Deutschland zu verschleiern. Russische Nachrichtendienste agieren dabei aus regionalen Beschaffungszentren heraus und binden Scheinfirmen und Mittelsmänner im westlichen Ausland in die Beschaffungsvorgänge ein. Auf diese Weise werden Unternehmen bei möglichen Geschäftsanbahnungen getäuscht und die Exportkontrolle durch falsche Angaben zum Endverwender oder Endverwendungszweck gezielt umgangen.



Vor dem Hintergrund der EU-Sanktionen gegen Russland beschaffen insbesondere russische militärstrategische Einrichtungen illegal Waren aus der EU. Dabei führen sie nicht nur Umgehungslieferungen durch, sondern verschleiern mittels unvollständiger oder mutmaßlich falscher Angaben des Endverwendungszweckes die tatsächliche Bestimmung der Ware.

Die Beschaffungsstrukturen anderer proliferationsrelevanter Risikostaat wie China, Iran, Nordkorea, Pakistan und Syrien handeln in gleicher Weise und setzen ihre konspirativen Beschaffungsaktivitäten ohne Einbeziehung russischer Entitäten in

hohem Maße fort. Überdies könnten ausländische Nachrichtendienste versuchen, im Windschatten des Russland-Ukraine-Krieges ihre Spionagetätigkeiten gegen deutsche Ziele zu intensivieren.

Beratungs- und Sensibilisierungsleistungen des CAZ

Das Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ) im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz konzentriert sich seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine auf die Unterrichtung bayerischer Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS), die im Fokus möglicher russischer und belarussischer Cyberangriffe stehen.

Zu den von deutschen und internationalen Sicherheitsbehörden erwarteten staatlich gesteuerten Angriffswellen aus Russland kam es zwar bislang nicht. Doch auch wenn bislang keine derartigen Cyberangriffe gegen deutsche Unternehmen oder KRITIS beobachtet werden konnten, ist die abstrakte Bedrohungslage als kritisch zu bewerten. So steigt beispielsweise die Anzahl der Angriffe sogenannter „Hacktivisten“, also nicht staatlicher Cybergruppierungen, die sich entweder pro-russisch oder pro-ukrainisch positionieren und mit meist geringem Erfolg die jeweils andere Seite attackieren.

Bislang aktivster Akteur unter diesen „Hacktivisten“ ist die pro-russische Gruppierung „Killnet“. Diese hat über das Osterwochenende mehrere Distributed-Denial-of-Service (DDoS)-Angriffe gegen die Webseiten dreier deutscher Flughäfen sowie die Internetauftritte der Bundeswehr und des Bundesministeriums der Verteidigung gestartet und auf diese Weise versucht, deren Dienste beziehungsweise Verfügbarkeit durch überlastende automatisierte Aufrufe zu blockieren. Außerdem wurden DDoS-Angriffe gegen die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Commerzbank durchgeführt. Zuletzt waren auch Flughäfen und angrenzende Einrichtungen in anderen europäischen Staaten sowie in Nordamerika Ziel dieser Angriffe.

In neuesten Bewertungen westlicher Sicherheitsbehörden und IT-Sicherheitsunternehmen werden Cyberkriminelle wie beispielsweise „Killnet“ öffentlich in unmittelbaren Zusammenhang

mit russischen Nachrichtendiensten gebracht. Dabei wird davon ausgegangen, dass sie von russischen Diensten mit Informationen für ihre Angriffe versorgt werden.

Im Rahmen einer Maßnahme gegen einen mutmaßlich russischen Cyberakteur hat das CAZ eine Angriffsstruktur in Bayern aufgeklärt und dabei festgestellt, dass eine Gruppierung, die zuvor im Bereich Cybercrime aktiv war, unter dem Operationsnamen „Asylum Ambuscade“ nun insbesondere staatliche Ziele angreift. Die Operation richtet sich gegen staatliche Stellen, die u. a. mit der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine befasst sind.



Bundesamt für
Verfassungsschutz

Sicherheitshinweis für die Wirtschaft | 03/2022 | 17. Mai 2022

Betreff | Krieg in der Ukraine

Ausgangslage

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine wird nach wie vor durch Cyberangriffe und Versuche der Einflussnahme begleitet. Die Bundesregierung intensiviert ihre Unterstützung der Ukraine, indem künftig auch schwere Waffen geliefert und ukrainisches Personal daran ausgebildet werden sollen. Zudem sind vermehrt auch russische Staatsangehörige an einer Ausreise nach Deutschland interessiert.

Sachverhalte

KILLNET Aktuell führt die pro-russische Cybercrime-Gruppierung KILLNET eine Kampagne von Überlastungsangriffen (DDoS-Angriffen) gegen diverse deutsche Webseiten aus Privatwirtschaft und Forschung. Verbunden sind die Angriffe mit dem Aufruf, die Unterstützung für die Ukraine einzustellen. Bei KILLNET handelt es sich um eine russische Hacktivistengruppierung, die sich in Reaktion auf den Aufruf der „Ukrainian Cyber Army“ nach Kriegsbeginn formiert hat und die russische Regierung unterstützt.

Die Täterinfrastruktur liegt nach Kenntnisstand des CAZ international verteilt in Deutschland, Estland, den Niederlanden, Russland, Spanien und den USA. Infiziert wurden auch die IT-Systeme diplomatischer Vertretungen in Aserbaidschan, Australien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kirgisistan, Polen, Tadschikistan, Türkei sowie in den USA.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) konnte das CAZ betroffene staatliche Institutionen vornehmlich in Europa und im zentralasiatischen Raum, aber auch

in Deutschland vor einer möglichen Kompromittierung warnen. Hierdurch konnte auch der mögliche Abfluss vertraulicher Informationen verhindert werden.

Seit dem Kriegsbeginn am 24. Februar versendet das CAZ in Zusammenarbeit mit dem BfV und anderen deutschen Sicherheitsbehörden wiederholt und zeitnah Warnmeldungen des BfV an relevante Akteure aus Wirtschaft und Forschung. Diese Warnmeldungen enthalten die bei der Prüfung durch die Sicherheitsbehörden festgestellten „Indicators of Compromise“ (IoC). Dabei handelt es sich um technische Merkmale wie IP-Adressen und Domains, die bei der Detektion von Cyberangriffen helfen. Diese pflegen Unternehmen in ihre Netzwerksicherung ein, um Angriffe der betreffenden Adressen und Absender von vornherein auszuschließen beziehungsweise bereits erfolgte Angriffe zeitnah zu entdecken.

Wie positive Rückmeldungen aus der Wirtschaft und ein stetig wachsender Kreis der Interessenten belegen, verläuft die Zusammenarbeit des CAZ mit bayerischen Unternehmen nicht zuletzt aufgrund bestehender Sicherheitspartnerschaften ausgesprochen produktiv. Da die Mitteilungen in der Regel vertraulich sind und nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollen, erfolgt die Neuaufnahme von Unternehmen in den besagten Warnmelde-Verteiler stets erst nach einer umfassenden internen Prüfung. Insgesamt lässt sich feststellen, dass bayerische Unternehmen ihre IT-Sicherheitsbereiche in maximale Alarmbereitschaft versetzt haben und damit einhergehend auch höchste Anstrengungen zur Wahrung ihrer IT-Sicherheit unternehmen. Dabei ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Sicherheitsbehörden entstanden.

Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine hat der Wirtschaftsschutz mit erhöhtem Interesse auch das Vorgehen deutscher Unternehmen verfolgt, die Geschäftskontakte in Russland unterhalten oder dort mit eigenen Produktionsstätten vertreten sind. Nach Informationen deutscher Sicherheitsbehörden hatten bereits kurz nach Kriegsbeginn circa 200 westliche Unternehmen ihre Aktivitäten in Russland eingestellt, darunter auch Unternehmen aus Bayern. Ferner haben staatliche russische Stellen in Einzelfällen mit der Enteignung ausländischer Firmen gedroht oder bereits mit entsprechenden Vorbereitungen begonnen, vermeintlich, um eine Insolvenz betroffener Firmen in Russland zu verhindern und Arbeitsplätze zu retten.

Prorussische Desinformationskampagnen

Derzeit ist auch ein vermehrtes Auftreten von Desinformationskampagnen zu verzeichnen. Diese zielen darauf ab, Unterstützung für die außenpolitische Positionen Russlands zu generieren und westliche Sanktionen zu diskreditieren. Perspektivisch ist damit zu rechnen, dass die russische Führung auch weiterhin die bekannten Social-Media-Kanäle sowie eigene Nachrichtenagenturen und Informationsdienste wie RT Deutsch nutzen wird, um in Deutschland prorussische Narrative zum Kriegsgeschehen in der Ukraine zu verbreiten.

Anhang

BILDNACHWEIS

RUSSLAND-UKRAINE-KRIEG

Seite 13	Screenshot: https://de-de.facebook.com/npd.de
Seite 16	Screenshot: https://t.me/martinsellnerIB
Seite 19	Screenshot: https://t.me/s/DerDritteWeg
Seite 25	Screenshot: BayLfV
Seite 27	https://ruestungsindustrie.noblogs.org
Seite 28	http://hauptfeind.de/aktionstag-11-juni
Seite 29	Screenshot: BayLfV
Seite 30	https://twitter.com/FalkBernhard/ status/1499046137076109313

RECHTSEXTREMISMUS

Seite 41	https://xn—neue-strke-w5a.eu
Seite 44	Beide Bilder: https://t.me/kzshs
Seite 47	https://aktionsmelder.de/2022/01/25/muenchen-sichere- grenzen-statt-corona-tyrannei

VERFASSUNGSSCHUTZRELEVANTE DELEGITIMIERUNG DES STAATES

Seite 50	Screenshot: BayLfV
----------	--------------------

REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

Seite 54	Bild: BayLfV
----------	--------------

Seite 58	Bild: BayLfV
----------	--------------

LINKSEXTREMISMUS

Seite 61	https://de.indymedia.org/node/196846
----------	---

Seite 62 oben	https://almuc.noblogs.org/files/2022/06/Flyer-G7-online.pdf
---------------	---

Seite 62 Mitte	https://vimeo.com/723118609
----------------	---

Seite 63	Bild: picture alliance/dpa Peter Kneffel
----------	--

Seite 64 oben	Bild: BayLfV
---------------	--------------

Seite 64 Mitte	Bild: BayLfV
----------------	--------------

Seite 65	Bild: BayLfV
----------	--------------

Seite 66	Bild: BayLfV
----------	--------------

Seite 68	Bild: BayLfV
----------	--------------

ISLAMISMUS

Seite 72	Screenshot: BayLfV
----------	--------------------

Seite 73	Beide Screenshots: BayLfV
----------	---------------------------

Seite 74	Screenshot: BayLfV
----------	--------------------

Seite 76	Beide Screenshots: BayLfV
----------	---------------------------

Seite 77	Beide Screenshots: BayLfV
----------	---------------------------

Seite 81	Screenshot: i3l.co.za
----------	-----------------------

SCIENTOLOGY-ORGANISATION

Seite 87	Screenshot: https://open.spotify.com/show/2Cyp2r5uMNEA4fxCEkYiW
----------	--

SPIONAGEABWEHR/CAZ

Seite 92	https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L:2014:229:TOC
Seite 94	https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/wirtschafts-wissenschaftsschutz/2022-05-17-Sicherheitshinweis3.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Impressum

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
Odeonsplatz 3, 80539 München
www.innenministerium.bayern.de

Redaktion: Abteilung Verfassungsschutz, Cybersicherheit in Zusammenarbeit mit
dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz

Gestaltung: IKW team GmbH, München

Stand: August 2022

Druck: StMI;
gedruckt auf umweltzertifiziertem Papier

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Wollen Sie mehr über die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung erfahren?

BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.

Unter Telefon 089 122220 oder per E-Mail an direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskünfte zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

Die Servicestelle kann keine Rechtsberatung in Einzelfällen geben.



www.twitter.com/BayStMI



www.instagram.com/BayStMI



www.facebook.com/BayStMI



www.innenministerium.bayern.de
www.verfassungsschutz.bayern.de